Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39. Mittwoch, den 16. Februar 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt".

Die konstitutionelle Fabrik.

Der bekannte Industrielle Freese hat eine Schrift herausgegeben, worin die Erfahrungen geschildert sind, die er mit seiner seit 25 Jahren bestehenden „konstitutionellen" Fabrik gemacht hat. Diese Erfahrungen sind für ihn befriedigend und wir setzen nicht den mindesten Zweifel darein, daß sich die Arbeiter in diesem Unternehmen besser befinden als in anderen bürgerlichen Etablissements.

Herr Freese hat seiner Fabrik, wie früher einst die Monarchen ihren angestammten Ländern, eine Konstitution verliehen, womit er seine eigene Gewalt bis zu einem gewissen Grade beschränkt hat. Die drei Grundsätze, auf denen diese Konstitution beruht, sind Tarifverträge, Selbstverwaltung, Gewinnbeteiligung. Als „organisches Gesetz" ist dieser Konstitution der Achtstundentag angefügt.

Zugegeben, daß ein humangesinnter Unternehmer mit solchen Prinzipien imstande ist, eine Art Oase in der großen kapitalistischen Wüste zu schaffen. Aber solche Beispiele finden sehr wenig Nachahmung, und das ist kein Zufall, sondern ergibt sich einfach aus der kapitalistischen Produktionsform selber, die auf der freien Konkurrenz beruht. Je nachdem sich die Konkurrenzverhältnisse gestalten, können sie auch den humansten Unternehmer veranlassen, die von ihm verliehene Konstitution wieder aufzuheben.

Anscheinend die Hauptsache bei dieser Konstitution ist die Gewinnbeteiligung — partner ship-System — die zurzeit in den verschiedenen Ländern in etwa 300 Fabriken eingeführt ist. Sie wird in den meisten Unternehmungen dazu benutzt, um die Arbeiter „seßhaft" zu machen, das heißt, sie an Ort und Stelle zu fesseln. Damit steht dann in Verbindung, daß der Arbeitslohn durchweg um den Betrag des jeweiligen Gewinnanteils sinkt. Bekanntlich hat seinerzeit der bedeutende Nationalökonom J. H. v. Thönen auf seinem mecklenburgischen „Mustergut" die Gewinnbeteiligung eingeführt. Dies System hat aber in der Landwirtschaft noch weit weniger Boden gewonnen, wie in der Industrie.

Als ein Kuriosum mag die Art und Weise angesehen werden, wie der Fabrikbesitzer und freisinnige Abgeordnete Goller die Gewinnbeteiligung in seinem Etablissement geregelt hat. Dort wird für die Arbeiter aus der Gewinnbeteiligung jedes einzelnen ein Kapital angesammelt, das zu einem Beitrag für die Altersversorgung der Arbeiter bestimmt ist. Doch sind von dieser Vergünstigung die Arbeiter ausgeschlossen, die den freien Gewerkschaften angehören. Das ist außerordentlich bezeichnend.

Herr Freese rühmt es als einen Hauptvorzug seiner „konstitutionellen" Fabrik, daß sie aus ihrem Gewinn nur „Opfer für den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" aufzubringen hat, während die nichtkonstitutionellen Fabriken „mit Ausständen und Aussperrungen" zu rechnen haben, die große Opfer an Geld und Zeit kosten.

Zunächst hat auch Herr Freese keine sicheren Bürgschaften dafür, daß bei veränderten Konjunkturen nicht auch in seinem Unternehmen sich tiefgehende Differenzen kundtun. Doch wollen wir davon absehen und, um nicht mißverstanden zu werden, nochmals betonen, daß wir von seinen guten Absichten vollkommen überzeugt sind. Aber es gibt auch Etablissements, in denen die Verbesserungen, wie er sie durchgeführt hat, ganz oder teilweise nur zu dem Zwecke benutzt werden, um die Arbeiter vom Klassenkampf und von der Beteiligung an der großen sozialen Bewegung überhaupt abzubringen. Es ist auch nicht zu leugnen, daß man an einzelnen Stellen dies bis zu einem gewissen Grade fertig gebracht hat.

Aber die konstitutionelle Fabrik wird unter dem modernen Kapitalismus niemals eine größere Ausbreitung gewinnen können. Der Klassenstaat wird sich nicht bewegen lassen und auch gar nicht imstande sein, solche Betriebsformen allgemein vorzuschreiben, da ja die Kapitalisten in Industrie und Landwirtschaft die mächtigsten Elemente der bürgerlichen Gesellschaft sind.

Humane Bestrebungen spielen in der Kapitalistenwelt als solcher keine besondere Rolle, wenn auch der einzelne je nach seiner Veranlagung mehr oder weniger Gewicht darauf legen mag. So lange die Produktionsmittel im Besitze einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Bevorrechteten sind, werden diese ihre dominierende Stellung selbstverständlich in ihrem Interesse ausnützen. Sie wollen sich möglichst viel Mehrheit, resp. Kapitalzins und Grundrente zulegen. In unserer Zeit, da die industriellen Unternehmungen sich zu Trusts, Ringen, Kartellen und Syndikaten auswachsen, hat der Einzelunternehmer weniger zu sagen; die ungeheuere Masse der Beteiligten, der Aktionäre, der Dividendenschlucker usw. drängt auf Erhöhung des Kapitalprofits. Diesen Leuten — von den Ausnahmen immer abgesehen — Humanität und Bescheidenheit predigen, würde bei ihnen nur Gelächter hervorrufen. In der Zeit der „sieben fetten Jahre" haben sie unübersehbare Gewinne eingestrichen. Das hat nur die Wirkung gehabt, die Profitgier und Genußsucht zu steigern. Daraus erklärt sich der neuerdings auf der ganzen Linie so heftig entbrannte Kampf des Großkapitals gegen die Arbeiterorganisationen, die niedergezwungen werden sollen, weil sie sich gegen das Herabdrücken des Preises der Arbeitskraft wehren.

Der große Klassenkampf der Gegenwart ist keine Idylle. Wenn in der kapitalistischen Welt manchmal solch ein kleines konstitutionelles Fabrikwesen auftaucht, so kann die Arbeiterklasse sich dabei nicht aufhalten. Der „aufgeklärte Despotismus" einzelner Unternehmer ändert an dem Verlauf der Dinge so wenig, wie die konstitutionellen Verleihungen anderer. Während der Kapitalismus selbst eine sozialistische Zukunft vorbereitet, kämpft die Arbeiterklasse um politische Macht. Davon wird keine Gewinnbeteiligung sie mehr abbringen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Im Reichstag

hatte am Montag die Sitzung bis in die späten Abendstunden hineingedauert. Einige Abgeordnete — Mitglieder des Zentrums und nahestehender Gruppen — erklärten in persönlichen Bemerkungen, daß sie zwar mit Kaliinteressenten verhandelt haben, aber keineswegs selbst finanziell am Kaligesetz interessiert seien. Es liegt kein Grund vor, den Worten der Herren Graf Oppersdorf, von Dannenberg, Mayer-Kaufbeuren und Müller-Fulda in diesem Punkte keinen Glauben zu schenken. Das Kaligesetz beherrschte auch während der ersten Hälfte der Dienstagssitzung noch die Beratung. Dann wurde die Debatte geschlossen und der Sozialdemokratie und dem Freisinn dadurch unmöglich gemacht, auf heftige Angriffe zu antworten. Genosse Ledebour und Gothein charakterisierten dieses parlamentarische Guillotinieren mit gebührender Schärfe.

Die zweite Hälfte der Dienstagsitzung füllte die erste Lesung des Stellenvermittlungsgesetzes aus. Im allgemeinen sprachen die verschiedenen Fraktionsredner sich zustimmend aus. Für unsere Fraktion sprach Genosse Brühne, der ebenfalls im Prinzip unsere Zustimmung zu dem Gesetze erklärte, das freilich längst nicht weit genug geht und viel zu zarte Schonung für die private Stellenvermittlung zur Schau trägt. Es sind — versteht sich in der Delbrückperiode am Rande — auch böse Kautschukbestimmungen in dem Gesetze (auf die übrigens auch der Pole Kulerski hinwies); vielleicht gelingt es der Kommission, sie auszumerzen. Kommissionsberatung wurde sowohl für das Stellenvermittlungs- wie für das Kaligesetz beschlossen.

Vizepräsident Spahn wollte noch das Arbeitskammergesetz beraten lassen, aber Bassermann gab dem Wunsche der großen Mehrheit des Hauses, zur Abwechselung einmal keine Dauersitzung abzuhalten, Ausdruck und beantragte in der sechsten Nachmittagsstunde Vertagung, die fast einstimmig beschlossen wurde.

Am Mittwoch soll nunmehr also die erste Lesung des Arbeitskammergesetzes und zweier anderer sozialpolitischer Vorlagen, darunter das Hausarbeitsgesetz, stattfinden.

Die Wahlrechtsdemonstrationen im Spiegel der Presse.

Die gesamte bürgerliche Presse von den linksliberalen Blättern bis zur „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" scheint in starker Verlegenheit darüber zu sein, was sie mit der Wahlrechtsdemonstration anfangen, und wie sie diese gewaltige Kundgebung würdigen soll. „Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weiß sich keinen besseren Rat, als die Demonstrationen durch schnoddrige Redensarten zu verkleinern zu suchen. Im übrigen meint das Blatt: „Nicht den auf die Straße getriebenen Massen, sondern den ausgezeichneten Anordnungen der Polizei und der Haltung der Schutzleute ist es zu danken, daß die Kundgebungen im allgemeinen ruhig verliefen."

Natürlich mäkelt das Bethmann-Blatt auch an der Zahl der Demonstranten. Während die Polizei der bürgerlichen Presse selbst mitgeteilt hat, daß die Zahl der Demonstranten mindestens 100 000 betragen habe, spricht die „Norddeutsche" von 50 000, und will sich dabei auf die Schätzung „ziemlich Berufener" stützen.

Die „Deutsche Tageszeitung" bemüht sich in einem großen Leitartikel, nach der Manier eines Staatsanwaltslehrjungens nachzuweisen, daß die Führer der sozialdemokratischen Partei, Parteileitung, Redaktion des „Vorwärts", Versammlungsredner 2c., die Verantwortung für die Demonstration tragen und strafrechtlich deswegen belangt werden können. Sonst druckt sie die Polizeiberichte über die Demonstration ab.

Die „Kreuzzeitung" ist glücklich darüber, daß die Demonstration so ruhig verlief, sie schreibt dies natürlich der Polizei zu. Sie fügt dann hinzu: „Aber mit dieser Zurückweisung der Ausschreitungen und mit der Eindämmung der Straßenunruhen darf die Sache nicht abgetan sein. Es kommt nun darauf an, Wiederholungen zu verhindern. Wie verlautet, sollen deshalb auch einzelne Führer der Straßendemonstranten vor Gericht gestellt werden. Das ist jedenfalls gerechtfertigt. Gerade die Führer und Verführer müssen in erster Linie die Strafen zu kosten bekommen, die auf öffentliche Ruhestörungen und aufrührerische Handlungen gesetzt sind." Von vornherein sucht nun die „Kreuzzeitung" aus Zitaten vom Jenaer Parteitag, Zeitungsartikeln und Reden einzelner Genossen nachzuweisen, daß der Einwand, es handle sich bei den Demonstrationen um spontane Kundgebungen, hinfällig sei. Die Demonstrationen seien von langer Hand vorbereitete Unternehmungen, deren Tragweite von den Führern der Partei ganz richtig eingeschätzt werde.

Die „Vossische Zeitung" scheint von ähnlichen Gefühlen beseelt zu sein, wie ihre reaktionären Geschwister. Jedenfalls ärgert sie sich darüber, daß überhaupt Demonstrationen stattgefunden haben, und meint dann nach gut freisinniger Manier: „Gefördert wird eine zeitgemäße Wahlreform durch alle Straßenumzüge und Resolutionen und leidenschaftlichen Artikel der Sozialdemokratie auch nicht um Haaresbreite. Sie machen nicht den mindesten Eindruck auf die Regierung und die Mehrheit, jedenfalls keinen Eindruck zugunsten der Reform. Eine günstige Wirkung kann nur die Haltung des Bürgertums üben, des Mittelstands, der Kreise, die nicht in grundsätzlicher Gegnerschaft gegen die Monarchie, den heutigen Staat und die gegenwärtige Wirtschaftsordnung schwelgen, der Gewerbe, des Handels und der „Intellektuellen". Eine einzige gut begründete Eingabe der Mitglieder der Akademie der Wissenschaften zugunsten der Wahlreform hätte hundertfach mehr Erfolg, als 100 Versammlungen und Straßenumzüge mit Hunderttausenden sozialdemokratischer Teilnehmer. Über die Wahlreform wird nicht auf der Straße entschieden. Das beste, was man über die Umzüge sagen könnte, wäre noch, daß sie der Reform nicht geschadet haben werden. Ihr zu nützen, waren und sind sie vollkommen außerstande."

Zum Schluß sei noch die kuriose Ansicht des „Berliner Tageblatts" erwähnt. Das „B. T." beruft sich auf den Genossen Heine, der seinen Zuhörern mit aller Entschiedenheit auseinandergesetzt habe, daß von Straßendemonstrationen nichts zu erwarten sei. Aber schließlich müßten die Hunderttausende, die den Versammlungen beiwohnten, auf irgend einem anderen Wege oder Umwege über die Straße hinweg ein anderes Ziel zu erreichen suchen, und deshalb wäre es am besten, „wenn sich die Polizei mit den sozialdemokratischen Ordnern zusammentäte, dann würde eine solche Demonstration wundervoll klappen, ohne einem Mitbürger wehe zu tun, und ohne eine Spur von Waffengebrauch". Das „B. T." hofft von diesen polizeilich genehmigten Spaziergängen aus den Versammlungslokalen in die Wohnungen der Teilnehmer, daß sie mehr Wirkung haben werden als Straßendemonstrationen, von denen es mit Heine übereinstimmend auch recht wenig hält, obwohl das Blatt sonst in äußerst objektiver Weise über die Sonntagskundgebung berichtet.

Die preußische Wahlrechtsvorlage in der Kommission.

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses hat am Dienstag ihre Arbeiten begonnen. Außer einem freisinnigen Antrag liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, der die Kommission ersucht, die Vorlage zu verwerfen, und die Regierung zur Einbringung eines solchen Gesetzes aufzufordern, der die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und eine Neueinteilung der Wahlkreise vorsieht. Die Nationalliberalen haben zwei Anträge gestellt. Der eine fordert die Beseitigung der Drittelung der Urwahlbezirke, der andere will die Wirkung der Drittelung insofern abschwächen, als er verlangt, daß die erste Abteilung mindestens ein Zehntel, die zweite mindestens zwei Zehntel der Wähler enthalten muß, und daß da, wo diese Zahlen nach Maßgabe der Steuerbeträge nicht erreicht sind, zur Ergänzung die Wähler aus der nächstfolgenden Abteilung nach der Reihenfolge der zur Anrechnung gelangenden Steuerleistung berufen werden sollen. Das Zentrum begnügt sich mit einem Antrag, der die Herabsetzung der Altersgrenze

für das passive Wahlrecht von 30 auf 25 Jahre vorsieht. Der sozialdemokratische Antrag kann aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen erst nach der zweiten Lesung zur Abstimmung kommen. Von einer Generaldebatte sah die Kommission ab. Die Beratung drehte sich zunächst um die Frage des gleichen Wahlrechts. Die Nationalliberalen, die Konservativen und die Freikonservativen erklärten sich entschieden gegen das gleiche Wahlrecht. Die Zentrumspartei erklärte sich für die Einführung der gleichen Wahl. Abg. Ströbel warf dem Zentrum vor, daß es nur eine sehr laue Freundschaft für das gleiche Wahlrecht an den Tag gelegt habe. Das Zentrum hätte die Macht, auf Konservative und Nationalliberale einen gewissen Druck auszuüben. Für das gleiche Wahlrecht erklärte sich auch noch der Pole. Bei der Abstimmung fehlten 2 Nationalliberale. Der Antrag auf Einführung der gleichen Wahl wurde mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag stimmten Zentrum, Freisinnige, der Vertreter der Sozialdemokratie und der der Polen.

Die Kommission trat dann in die Beratung des freisinnigen Antrages auf Einführung der geheimen Wahl ein. Nachdem ein freisinniger Abgeordneter den Antrag u. a. damit begründet hatte, daß auf die kleinen Geschäftsleute ein außerordentlich starker Druck ausgeübt werde, erklärte ein freikonservativer Abgeordneter, daß seine Partei gegen die geheime Wahl sei, dem Terrorismus der Sozialdemokraten könne auch auf andere Weise entgegengetreten werden. Zentrum und Nationalliberale gaben kurze Erklärungen ab, wonach sie für die Einführung der geheimen Wahl stimmen werden. In längeren Ausführungen begründete Abg. Ströbel (SD.) die Notwendigkeit des geheimen Wahlrechts. Ihm schloß sich der Vertreter der Polen an. Die Regierung ließ erklären, daß sie an der Erklärung des Ministerpräsidenten, welcher die geheime Wahl verwirft, unter allen Umständen festhalte. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag auf Einführung der geheimen Wahl mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Konservative und Freikonservative stimmten geschlossen gegen den Antrag.

Die Budgetkommission des Reichstages

beriet Dienstag über die Tafel- und Messegelder bei der Marine. Es werden hierfür 271 500 Mark mehr angefordert. Der Abg. Leonhardt beantragt diese Mehrforderung zu streichen, um die Marineverwaltung zur Sparsamkeit zu zwingen. Das Zentrum beantragt eine Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Verordnung über die Neuregelung der Tafel- und Messegelder noch in diesem Jahre zu erledigen. Bei der Abstimmung wurde der angeforderte höhere Posten mit Stimmengleichheit abgelehnt, womit der Antrag Leonhardt angenommen ist. Die Fraktionskollegen Leonhardts, Mugdan und Mommsen stimmten gegen diesen Antrag. Die Resolution des Zentrums wurde mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen.

Die Kommission für die Justizgesetze

verhandelte Dienstag und in der letzten Sitzung über den § 253 des St.-G.-B. (Erpressungsparagraph). Die Regierungsvorlage wurde lebhaft bekämpft, weil sie eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes bringt. Es besteht die Gefahr, daß Arbeiter oder Gewerkschaftsbeamte, die mit einem Streik drohen, für den Fall der Ablehnung von Lohnforderungen nach wie vor wegen Erpressung verfolgt werden. — Die Anträge der Sozialdemokratie wurden abgelehnt und der Paragraph nach der Regierungsvorlage angenommen.

Die Fraktionssitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

bestimmte als Redner für den Gesetzentwurf betr. die Arbeitskammern den Genossen Legien, für den Gesetzentwurf die Hausarbeit betr. die Genossen Robert Schmidt und Albrecht. Zur Abänderung der §§ 114a ff. der Gewerbeordnung sollen die Genossen Molkenbuhr und Stadthagen reden. Zu dem Toleranzantrag des Zentrums, der am Donnerstag, dem nächstfälligen Schwerinstage, zur Verhandlung kommt, ist von der Fraktion Genosse David als Redner bestimmt. Für die einzelnen Kommissionen, die eventuell für die betreffenden Gesetzentwürfe vorgesehen sind, wurden seitens der Fraktion bestimmt: Für den Kaligesetzentwurf die Genossen Brey, Emmel, Albrecht und Hue; für das Gesetz die Stellenvermittlung betr. Hildenbrandt, Schmidt und Schwartz-Lübeck; für das Arbeitskammergesetz Bömelburg, Legien und Severing. An den Kommissionsberatungen betr. die Hausarbeit werden sich beteiligen die Gen. Albrecht, Schmidt und Stücklen. An der Beratung der Gewerbeordnungsänderung die Genossen Molkenbuhr, Schmidt und Stadthagen.

Ferner wurde beschlossen, an den Reichskanzler eine Interpellation zu richten wegen der Angriffe, die er am 10. Februar im preußischen Abgeordnetenhause gegen das Reichstagswahlrecht richtete. Als Redner hierzu wurden die Genossen Ledebour und Frank bestimmt.

Polizeistrafen gegen Führer der Wahlrechtsdemonstration.

Wie eine Berliner Polizeinotiz meldet, soll gegen die Reichstags-Abgeordneten Ledebour, Stadthagen und Fischer wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz (Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel ohne vorherige Anmeldung) ein Strafverfahren eingeleitet werden.

Die Polizei in Essen glaubt nach wochenlangen Untersuchungen und Vernehmungen einen Verantwortlichen für die Wahlrechtsdemonstration vom 23. Januar gefunden zu haben. Die Veranlassung einer Anklage gegen den vermeintlichen Leiter riskiert sie aber nicht, sie begnügte sich, dem Genossen Limbertz, der am Kriegerdenkmal die Veranlassung zum Gesang der Marseillaise gab, ein Strafmandat über 6 Mark zu senden, weil er durch überlautes Schreien und Rufen groben Unfug verübt habe.

Übrigens sind Wahlrechtsdemonstrationen kein „grober Unfug" — so entschied neuerdings das preußische Kammergericht. Wie in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung" mitgeteilt wird, führt der höchste preußische Gerichtshof in dieser Beziehung aus: Wie einerseits die Betätigung des Entschlusses, eine Ansicht in öffentlich bemerkbarer und dadurch besonders eindringlicher Weise auch Andersdenkenden kundzutun, nicht allein an sich als Gefährdung der öffentlichen Ordnung angesehen werden könne, wenn sie sich nur innerhalb der durch die öffentliche Ordnung gezogenen Grenzen halte, so könne auch andererseits das politische Problem der Reform des preußischen Landtagswahlrechts die demonstrative parteipolitische Behandlung auf offener Straße nicht rechtswidrig machen. Vielmehr komme es lediglich darauf an, ob der Angeklagte durch sein Benehmen an und für sich die öffentliche Ordnung gefährdet habe. Da dies aber nach den getroffenen Feststellungen nicht geschehen sei, müsse der Angeklagte freigesprochen werden.

Die Reichstagsersatzwahl

in Mülheim am Rhein zeitigte folgendes Resultat: Es erhielten Erdmann (SD.) **10924**, Falk (NL.) 8461, Marx (Z.) 20367 und Hofmann (Christl.-soz.) 1124 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen Erdmann (SD.) und Marx (Z.) statt.

Bei der letzten Wahl erhielten de Witt (Z.) 19958, Erdmann (SD.) 8538 und der Nationalliberale 11218 Stimmen. Unsere Partei hat also in diesem schwarzen Wahlkreis rund **2500** Stimmen gewonnen; ein erfreuliches Resultat!

Zentrümliche Sozialpolitik.

Seit anderthalb Jahren befaßt sich die bayerische Staatsregierung auf energisches Betreiben der sozialdemokratischen Vertreter mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung. Nachdem das Ministerium des Innern verschiedene Konferenzen von Vertretern der Behörden, Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zur Besprechung der Frage einberufen hatte, stellte sich die Regierung schließlich auf den Standpunkt, daß es Sache der Gemeinden sei, die Arbeitslosenversicherung einzurichten, und daß der Staat zu den Ausgaben bestimmte Zuschüsse leisten solle. Im Herbst v. J. wurde nun von den sozialdemokratischen Abgeordneten der Antrag gestellt, in den Etat für 1910/11 die Summe von 150 000 Mk. einzusetzen, aus der jene Gemeinden, die Arbeitslosen Geldunterstützungen gewähren, Zuschüsse erhalten sollen. Die Zuschüsse sollen in der Regel 50 Prozent der von den Gemeinden an Arbeitslose verausgabten Beträge nicht übersteigen. Dieser Antrag wurde vom Landtag dem Arbeiterfürsorgeausschuß überwiesen, der sich erst jetzt damit befaßte. Das Ergebnis der Beratung ist, daß die Arbeitslosenversicherung wieder auf dem toten Punkt angelangt ist. Sie ist durch die Zentrumspartei zu Fall gebracht worden, deren Vertreter erklärten, daß lediglich die Gemeinden hier einzutreten hätten. Die staatliche Arbeitslosenversicherung ist für die Zentrumsmänner selbst in der vorgeschlagenen bescheidenen Form mit Rücksicht auf die Landwirtschaft unannehmbar, weil sie angeblich die Landflucht befördert! Ein Zentrumsredner brachte es sogar fertig, den Schweinemangel (!) auf die Arbeitslosenfürsorge zurückzuführen. So wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, dafür aber ein bauernbündlerischer Antrag angenommen, der nichts kostet und zu nichts verpflichtet: den Gemeinde- und Distriktsbehörden soll nahegelegt werden, ihre Arbeiten auf solche Zeiten zu verschieben, in denen das Arbeitsangebot sich zu verringern pflegt. Das ist alles, was das Zentrum für die Arbeitslosen tun will. Für sie hat die Partei, die fortgesetzt nach Staatshilfe für die Landwirtschaft schreit und schon Millionen für diese bewilligt hat, nicht einmal 150 000 Mk. übrig. Damit ist die Arbeitslosenversicherung vorläufig in Bayern überhaupt abgetan, denn auch die Gemeinden werden nichts tun; alle größeren Städte, die sich bisher mit der Frage befaßten, haben erklärt, daß sie sich nur beteiligen werden, wenn der Staat vorangeht.

Die Antwort des Herzogs.

Auf das Gesuch des Meininger Landtages an den Herzog, er möge sich mit der Besteuerung seines Einkommens aus den Domänen einverstanden erklären, ist jetzt die Antwort erfolgt. Sie geht dahin:

„Nach dem Gesetz ist der Domänenfiskus einer Landessteuer nicht unterworfen. Der Herzog hat sich seinerzeit mit der Vereinbarung, welche dem Domänengesetz vom 20. Juli 1871 zugrunde liegt, in der Erwartung einverstanden erklärt, daß damit der langjährige, höchst bedauerliche Domänenstreit auf die Dauer geschlichtet werde. Der Herzog will an der stattgehabten Vereinbarung auch jetzt und weiterhin unverbrüchlich festhalten und erwartet, daß auch der Landtag die Vertragstreue wahrt. Der Herzog ist daher nicht gewillt, einer Änderung des Domänengesetzes vom 20. Juli 1871 die Genehmigung zu erteilen."

Der Herzog hält also unverbrüchlich daran fest, keine Steuern zu zahlen!

Belagerte Junkerburgen.

Vor das Schloß des Grafen Carmer in Zieserwitz zogen am Sonntag 400 Genossen aus dem Städtchen Neumarkt in Schlesien und dessen Umgebung, um dem Grafen ihre Forderung nach einem volkstümlichen Wahlrecht zu unterbreiten. Der Zug wurde von vier Gendarmen zu Pferde begleitet. Der Graf war nicht anwesend und der Gutsinspektor gestattete den Erschienenen eine Besichtigung des Schlosses, um sich an den verschlossenen Türen und den verhängten Fenstern von der Abwesenheit des Grafen persönlich zu überzeugen. Vor dem Schlosse wurde daraufhin eine Ansprache gehalten und ein Hoch auf ein freies Wahlrecht ausgebracht. Unter Begleitung der Gendarmen zogen die Demonstranten daraufhin wieder nach Neumarkt, wo auf dem Ringe ein Freiheitslied gesungen wurde. Den Schluß bildete eine Versammlung, zu der sich noch weitere Hunderte von Arbeitern und Bürgern eingefunden hatten. Die Wahlrechtsresolution wurde einstimmig angenommen.

Zum Schlosse des Grafen Harrach in Sägewitz (Kreis Breslau) zogen 200 ländliche Genossen, um auch diesem ihre Wahlrechtsforderung zu unterbreiten. Auch dieser Junker befand sich nicht in seiner Burg. Die Genossen belegten das Dorf mit Flugblättern und zogen dann in das benachbarte Dorf Hartlieb, wo eine von 500 Personen besuchte Versammlung einstimmig die Forderung nach einem freien Wahlrecht erhob.

Die Frankfurter Polizeiattacke in bürgerlicher Beleuchtung.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt in ihrer ersten Montagsausgabe, daß die Schutzleute in der unverschämtesten Weise gegen harmlose Passanten vorgegangen seien. Ein Redakteur der „Frankfurter Zeitung" wurde auch mit Püffen und Faustschlägen bedacht." „Ich zeigte die von dem Polizeipräsidenten ausgestellte Passierkarte und legitimierte mich als Vertreter der Presse. Das half nichts, obgleich die Karte die Unterschrift des Polizeipräsidenten Ehrenberg trug. Die Schutzleute trommelten mit gleicher Rücksichtslosigkeit auf meinem Rücken, wie auf dem der anderen. So wurden wir nach der Erlenstraße getrieben. Nun kamen von Bockenheim her Schutzleute zu Fuß und zu Pferde und drängten in die Menge. Ich bekam einen Hieb auf die Brust und stürzte zu Boden. Auch neben mir ward eine Frau zu Boden geworfen, die sicherlich nicht demonstrieren wollte und zufällig in die Menge geraten war. Unablässig wurden nun die Leute nach vorwärts getrieben und gestoßen. Sie stießen heftige Worte gegen die Schutzmannschaft aus. Dann und wann wurde einer gepackt und in ein freistehendes Auto geschleppt. Es war die Menge zwischen Schutzmannspferden und angreifenden Schutzleuten zu Fuß so dicht gedrängt, daß ein Weggehen überhaupt ein Ding der Unmöglichkeit war. So wurde die Masse bis zum Hauptbahnhof zurückgetrieben."

Konkurrenzkämpfe in der Beleuchtungsindustrie.

Kürzlich war die Verwaltung der Deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft (Auer), deren Aktien längst zu einem wilden Spielpapier geworden sind, mit dem Vorschlag hervorgetreten, das Kapital von 13,2 Millionen auf 26,4 Millionen Mark zu erhöhen, also zu verdoppeln. An diesem Plane wurde in der Handelspresse die denkbar schärfste Kritik geübt, weil sehr zutreffend vermutet wurde, daß die Kapitalserhöhung ausschließlich den spekulativen Zwecken des die Auergesellschaft beherrschenden Bankhauses dienen sollte. Als Folge dieser Kritik stellten sich sehr umfangreiche Verkäufe von Aueraktien ein, das Bankhaus der Gesellschaft hätte große Summen aufwenden und festlegen müssen, um die an den Markt kommenden Aktien aufzunehmen, da sonst die Kurse, die an einzelnen Tagen 20 Prozent und mehr fielen, noch weit mehr zurückgegangen wären. Das hätte schlecht zu den Absichten der Bankiers und Herrscher der Auergesellschaft gepaßt, sie zogen deshalb vor, den Vorschlag auf Kapitalserhöhung zurückzuziehen. Gleichzeitig erklärten sie, daß sie auch ohne Erhöhung des Grundkapitals die Fabrikation der Metallfadenlampen noch mehr als bisher zur Massenproduktion ausgestalten werden.

Die Auer-Gasglühlicht-Gesellschaft ist seit geraumer Zeit auch auf das Gebiet der elektrischen Beleuchtungsindustrie übergegangen, sie betreibt die Fabrikation einer Metallfadenlampe, die der Kohlenfadenlampe gegenüber stromersparend ist. Auf die Ankündigung von der Forcierung der Fabrikation von Metallfadenlampen antwortete die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft mit Preisermäßigungen für ihre Metallfadenlampen. Mit Wirkung vom 1. Februar setzte die A. E.-G. die Preise für ihre Metallfadenlampen für die Birnenform von 3 Mk. auf 2 Mk., für die Kugelform von 3,50 auf 2,30 Mk. herab. Eine solche Wirkung ihrer Programmerklärungen hatte die Auergesellschaft wohl nicht vorgesehen, sie berief eine Konferenz der hauptsächlichsten deutschen Fabrikanten von Metallfadenlampen zusammen, um Stellung zu der neu geschaffenen Situation zu nehmen. An dieser Konferenz beteiligten sich außer der Auer-Gesellschaft die Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke A.-G., die Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G., die A.-G. Julius Pintsch, Ehrich u. Grätz und die Wolfram-Lampen-A.-G. in Augsburg, sie beschlossen, vorerst noch keine Preisherabsetzung vorzunehmen, sondern erst die Wiederverkäufer und die Elektrizitätswerke zu hören und in etwa einer Woche zu einer neuen Beratung zusammenzukommen. Ob es diesen Unternehmungen gelingen wird, gegenüber den Preisermäßigungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft ihre alten Preise zu behaupten, wird sich bald ergeben, sehr wahrscheinlich werden sie sich schnell entschließen müssen, dem Vorgehen der allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu folgen. Auch die Siemens u. Halske A.-G., die eine besondere Metallfadenlampe herstellt, soll sich mit der Absicht einer Preisherabsetzung tragen. Über die Gründe des Verhaltens der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft verlautet, daß die gegenwärtige Marktlage Preisreduktionen für die Metallfadenlampe nicht erforderlich mache, es wären mehrere Fabriken mit geringen Mitteln gegründet worden, die die Metallfadenlampenfabrikation betreiben, gegen sie richten sich die Preisherabsetzungen, um ihre Wettbewerbsmöglichkeit von vornherein zu unterbinden. Diese Taktik entspräche den Gepflogenheiten der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in der Bekämpfung ihrer Konkurrenz.

Frankreich.

Der Verteidiger des „Fort Chabrol" Jules Guerin ist, wie aus Paris berichtet wird, dort gestorben. Guerin hatte im Jahre 1899 eine Rolle als royalistischer Häuptling und Feind des Kabinetts Waldeck-Rousseau gespielt. Als er am 15. August 1899 verhaftet werden sollte, verschanzte er sich im Klublokale der Antisemiten in der Rue Chabrol, das dann als „Fort Chabrol" berühmt geworden ist, und „ergab" sich der „belagernden" Polizei erst am 19. September, als der Hunger ihn zur Kapitulation zwang. Guerin wurde darauf wegen royalistischer Umtriebe zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt und nach einigen Jahren begnadigt.

Amerika.

Zentralamerikanische Katzbalgereien. In Nicaragua dauert die sogenannte Revolution fort. Nach einem Telegramm aus San Juan del Sur machten 3000 Mann Regierungstruppen einen Angriff auf Matagalpa, das am 10. Februar von den Revolutionären eingenommen war. Über den Ausgang des Kampfes liegen keine Nachrichten vor.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 16. Februar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Torkuhl in Rückniß (Zwischenmeister Mädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Bebelfeier. Wir machen die Lübecker Arbeiterschaft auch an dieser Stelle auf die am Dienstag nächster Woche aus Anlaß des 70. Geburtstages unseres unermüdlichen Vorkämpfers und verdienstvollen Parteiführers im Gewerkschaftshause stattfindende Feier aufmerksam. Das Komitee hat ein vorzügliches Konzertprogramm ausgewählt, ein auswärtiger Künstler wird Gedichte von Freiligrath, Herwegh, Max Kegel und Karl Henckell rezitieren, so daß ein hoher künstlerischer Genuß geboten werden wird. Karten im Vorverkauf sind an den bekannten Stellen zu haben.

Es ist kein Geld da! Dieser Bescheid wurde dieser Tage wieder den Lübecker Tabakarbeitern zuteil, die infolge der wahnsinnigen Tabakbesteuerung um ihr Brot gekommen sind und deshalb Unterstützung aus den dafür vom Reich bereitgestellten Mitteln beziehen müssen. Die hiesige Zollbehörde ist mit der Auszahlung dieser Unterstützung betraut und ihr Beauftragter war es, der den Tabakarbeitern die Mitteilung machte, es sei kein Geld aus Berlin eingetroffen und daher könne auch nichts ausgezahlt werden. Es steht unzweifelhaft fest, daß gerade die Tabakarbeiter zu den niedrigst entlohnten Arbeiterkategorien zählen; irgendwelche Ersparnisse zu machen ist ihnen absolut unmöglich. Jetzt, wo sie durch die Reichsmaßnahmen noch um ihren kärglichen Verdienst gekommen sind, wo sie teilweise nach langjähriger Beschäftigungsdauer im Herbst ihres Lebens auf das Straßenpflaster geworfen wurden, ist nicht einmal Fürsorge getroffen worden, daß die Leute die ihnen zustehende Unterstützung auch rechtzeitig erhalten. Das ist doch wohl das mindeste, was verlangt werden kann. Oder ist es gleichgültig, ob die Opfer der verfehlten Reichspolitik hungern oder nicht? Doch wohl kaum. Wir wollen die Erwartung aussprechen, daß unsere maßgebenden Faktoren sich an die in Betracht kommende Stelle wenden und für Abhilfe derartiger unhaltbarer Zustände sorgen.

Die Arbeitslosen Lübecks versammelten sich heute vormittag 10 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses, um zu der gegenwärtig in Lübeck herrschenden großen Arbeitslosigkeit Stellung zu nehmen. Kurz nach 10 Uhr eröffnete Genosse Madden als Kartellvorsitzender die starkbesetzte Versammlung. Nach erfolgter Bureauwahl nahm Genosse Stelling das Wort, der, anknüpfend an die Ausführungen des Herrn Senator Dr. Stooß, die Ursachen der jetzigen Arbeitslosigkeit auseinandersetzte und in eingehender Weise darauf hinwies, daß der Staat die Verpflichtung habe, für die Arbeitslosen Lübecks zu sorgen. Die Geldmittel, die zu anderen Zwecken nicht knapp seien, müßten beschafft werden. Redner wies nach, daß es auch bei den heute zur Verfügung stehenden Mitteln möglich sei, für die Arbeitslosen Lübecks Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Auf Vorschlag des Referenten fand folgende Resolution einstimmig Annahme:

> In Erwägung, daß die Arbeitslosigkeit auch in diesem Winter wiederum einen erheblichen Umfang angenommen hat,
>
> in fernerer Erwägung, daß es die Pflicht des Staates ist, sich der Arbeitslosen anzunehmen,
>
> fordert die am 16. Februar 1910 im „Gewerkschaftshaus" tagende, von etwa 1500 Arbeitslosen besuchte Versammlung vom Lübecker Staat:
>
> 1. Sofortige Inangriffnahme und Beschleunigung aller bereits bewilligten und auszuführenden Staats- und Gemeindearbeiten, sowie die Vornahme von Notstandsarbeiten.
>
> 2. Schaffung einer kommunalen Arbeiterfürsorge in der Form, daß den Gewerkschaften eine staatliche Beihilfe zur Arbeitslosenunterstützung gewährt, sowie ein allgemeiner Notfonds für sonstige Arbeitslose bereitgestellt wird.
>
> Die Versammlung erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften Lübecks, daß sie diesen berechtigten Wünschen der Arbeitslosen Rechnung tragen.

Eine fünfgliedrige Kommission soll diese Resolution den maßgebenden Instanzen unterbreiten.

Der Bürgerausschuß befürwortete in seiner heutigen Sitzung die Senatsanträge betreffend Beteiligung des Staates an der zu erbauenden Eisenbahn Lübeck-Neustadt i. H.; Verkauf eines Bauplatzes in Behlendorf an den Maler Lübcke; Erlaß eines zweiten Nachtrages zu der Verordnung vom 25. Januar 1904, betreffend die Erhebung einer Kurtaxe in Travemünde, sowie die Gewährung einer Staatsbeihilfe von je 1000 Mk. für die nächsten fünf Jahre an den Hansischen Geschichtsverein.

Die „Draht"zieher des berühmten Reichsverbandes g. d. S. sind krampfhaft bemüht, Leuten von „nationaler Einfalt" das Geld aus der Tasche zu locken, ohne daß es ihren Verleumdungen und Beschimpfungen bisher gelungen wäre, der Sozialdemokratie irgendwelchen Abbruch zu tun. Seit Jahr und Tag schon schwingen sie den Bettelsack, um Geld in ihre leeren Opferstöcke zu bekommen. Jetzt versendet die Hauptstelle des Reichs„fecht"verbandes an alle möglichen Adressen Zirkulare mit beigefügten Werbeblocks, das sind zusammengeheftete Beitrittserklärungs-Scheine, denen folgendes Zettelchen vorgeklebt ist:

> Wie die Erfahrung lehrt, pflegen die durch unseren Werbeblock neu gewonnenen Mitglieder die Höhe ihres Jahresbeitrages nach derjenigen Summe zu bemessen, die von den auf den ersten Blättern aufgeführten Mitgliedern gezeichnet worden ist. Steht beispielsweise auf dem 1. Blatt nur Mk. 1,— als Beitrag, dann zeichnen auch alle nachfolgenden Herren die gleiche niedrige Summe.
>
> Wir bitten deshalb, gütigst darauf sehen zu wollen, daß die ersten neuen Mitglieder im Werbeblock einen möglichst hohen Beitrag zeichnen.
>
> Diesen Zettel bitten wir vor der Ausgabe zu entfernen.

Für die Skrupellosigkeit der Reichsverbändler ist diese Werbetaktik schon mehr als bezeichnend. Es fehlt bloß noch die Bemerkung, daß die „nationalgesinnten Herren", die als erste neue Mitglieder den Schein unterzeichnen, den im Werbeblock gezeichneten hohen Beitrag ja nicht zu zahlen brauchen; es kommt doch nur darauf an, die nachfolgenden „jubelnden Vaterlandsfreunde" gehörig zu animieren. Auf solche Weise glaubt man den Opfersinn der organisierten Arbeiterschaft nachahmen zu können. Wie klägliche Vorstellungen müssen die Geschäftsführer des Reichsverbandes vom Wesen der Arbeiterbewegung haben.

Von der Tarifbewegung der hiesigen Holzarbeiter ist zu berichten: Die Arbeitgeber hatten zugestanden, die 54stündige Arbeitszeit sofort einzuführen und den durch die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung entstehenden Lohnausfall zu decken; außerdem ab Februar 1911 den Stundenlohn um 1 Pfg. zu erhöhen. Hierzu stellten sie aber die Bedingung, daß, falls die Lohnzulage als zu gering abgelehnt und auch über die sonst noch schwebenden Punkte keine Einigung erzielt werden sollte, dann das Angebot der Arbeitszeitverkürzung als nicht gegeben zu betrachten sei. Möglich, daß die Arbeitgeber der naiven Ansicht gewesen sind, auf diese Weise den Arbeitern unannehmbare Bedingungen aufzwingen zu können. Sie sind aber bald eines anderen belehrt worden; die Holzarbeiter haben das Angebot selbstredend als zu gering abgelehnt. Auch fehlte ihnen dafür das Verständnis, mit so ernsten Dingen in so ernster Zeit solche Schacherei zu treiben. Übrigens beweist die Verquickung der Lohnfrage mit der Arbeitszeitverkürzung, daß die Arbeitgeber die Lohnzugeständnisse selbst als zu gering betrachten, sonst brauchten sie dieses Manöver gar nicht erst zu beginnen. Eine Verständigung liegt also noch in sehr weiter Ferne und große Schwierigkeiten werden noch zu überwinden sein, zumal wenn man bedenkt, daß die Arbeitgeber bis jetzt noch jede Verhandlung über den Arbeitsnachweis mit der unglaubwürdigen Redensart ablehnen: sie hätten Anweisung, darüber nicht zu verhandeln.

Am 12. Februar war der Tarif abgelaufen; die angedrohte Aussperrung ist aber nicht vorgenommen, sondern auf Beschluß der Städtekonferenz der Arbeitgeber vorläufig verschoben worden. Man könnte dieses als ein Zeichen der Friedensliebe der Arbeitgeber ansehen, doch dürfte jeder Einsichtige darüber eine andere Meinung haben. Die Gefahr des Kampfes ist keineswegs vorüber. Die Holzarbeiter müssen fortgesetzt auf der Wacht sein.

Herr Ingenieur Wachenfeld sendet uns nachstehende Zuschrift:

„Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, folgende Berichtigung in demselben Druck und an derselben Stelle zu veröffentlichen, wie die angezogene Kritik. Sie schreiben am Sonnabend:

„Nur eine handgreifliche Lüge sei festgenagelt, daß der „Vorwärts" geschrieben habe, die Arbeiterschaft müsse den 7. Teil ihres Verdienstes an die Partei und Gewerkschaft entrichten."

Demgegenüber erkläre ich, daß ich nicht vom 7. Teil des Verdienstes gesprochen habe, sondern von sieben pro Zent. Ferner hatte ich gesagt, der „Vorwärts" habe zugegeben, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft bis zu 7 Proz. ihres Verdienstes für Parteizwecke entrichtet.

Hochachtungsvoll

Hugo Wachenfeld."

Unser Berichterstatter bemerkt hierzu, daß ihm möglicherweise ein Versehen bezüglich der von Herrn Wachenfeld bestrittenen Äußerung unterlaufen ist. Aber selbst wenn Herr Wachenfeld die Abgabe an Partei und Gewerkschaft nur auf sieben Prozent angegeben hätte, so würde er damit die Unwahrheit gesprochen haben. Der Beitrag für Parteizwecke beträgt in den größeren Orten höchstens 10 Pfg. wöchentlich, während die Verbandsbeiträge von etwa 50 Gewerkschaften sich zwischen 30 und 80 Pfg. bewegen, was im Durchschnitt mit den Ortszuschlägen vielleicht 60 Pfg. pro Woche ausmacht. Daß aber 70 Pfg. pro Woche an Beiträgen für Partei und Gewerkschaftszwecke sieben Prozent des Arbeitsverdienstes bedeuten, wird doch im Ernst niemand behaupten können. Was die Gewerkschaften aus den Beiträgen an Unterstützungen für ihre Mitglieder zahlen, wie sie letztere in Krankheit, Arbeitslosigkeit vor Not schützen und welche Mittel sie für die Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen aufwenden, das verschwieg natürlich Herr Wachenfeld seinen Zuhörern. Am Ende wußte er es auch garnicht, und das wäre bezeichnend für ihn. Waren ihm aber die Leistungen der Gewerkschaften bekannt und er suchte trotzdem nur mit phantasievoll erhöhten Beiträgen zu operieren, so kennzeichnet das erst recht die nationalliberale Kampfesweise. Und dann noch eins. Herr Wachenfeld behauptet, der „Vorwärts" habe zugegeben, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft bis zu sieben Prozent ihres Verdienstes für Parteizwecke entrichtet. Es ist aber ganz ausgeschlossen, daß der „Vorwärts" einen derartigen Unsinn geschrieben hat; deshalb wird man auch vergeblich warten, daß Wachenfeld die betr. Nummer angibt, in der das gedruckt zu finden sein soll. Der Trick, daß man nach Bedarf so ins Blaue hinein behauptet, ein Blatt habe dies oder jenes geschrieben, was man zur Beweisführung gebraucht, ist weder neu noch macht er bei Einsichtigen irgend welchen Eindruck. Wir brauchen nur an den Schwindel mit dem angeblichen Liebknechtschen Wort von den „zweibeinigen Tieren" zu erinnern, der in Lübeck bei der letzten Reichstagswahl von unseren Gegnern gegen die Sozialdemokratie gebraucht wurde. Als man der Sache dann auf den Grund ging, da befanden die Reichsverbändler sich wieder in der von ihnen so häufig gespielten und ihnen so trefflich liegenden Rolle der blamierten Europäer.

Eine Warnung vor dem Kurpfuscher Mann in Paris, der für sein schwindelhaftes Heilverfahren „Radiopathie" in vielen bürgerlichen Blättern Riesenreklame macht, und in Wirklichkeit es nur auf die Ausbeutung leichtgläubiger Kranken absieht, haben wir bereits vor einiger Zeit veröffentlicht. Wir möchten in gegebener Veranlassung diese Warnung heute wiederholen und damit noch unterstreichen.

Amerikanischer Stachelbeermehltau. Die neuesten Erfahrungen in betreff dieses schlimmen Schädlings haben ergeben, daß jetzt im Laufe des Februar ein Zurückschneiden und sofortiges Verbrennen der abgeschnittenen Teile, auch bei gesunden Sträuchern angezeigt ist, sodann starkes Kalken mit gelöschtem Kalk und neben der Stalldüngung künstliche Düngung mit Thomasmehl oder Kainit. Kräftiger Wuchs hilft auch hier die Krankheit überwinden oder ihrem Auftreten vorbeugen.

Ein Unfall, der glücklicherweise noch ohne Schädigung von Leben und Gesundheit der Arbeiter abging, ereignete sich gestern morgen 7¼ Uhr auf der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. Dort hakte in der Dämmerung eine in Bewegung befindliche Lowry gegen die Ketten eines in etwa 5½ Meter Höhe befindlichen Kranes, der dann herabstürzte. Um ein Haar wären die an der Lowry beschäftigten Leute von dem schweren Krahn getroffen worden, was sicherlich die schwersten Folgen gehabt hätte. Folgen hatte der Unfall für die Arbeiter aber doch, denn sie wurden einfach entlassen, weil man sie plötzlich nicht mehr brauchen konnte. Ein derartiges Verfahren fordert förmlich zur Kritik heraus. Anstatt Fürsorge zu treffen, daß solche Unfälle sich nicht ereignen, was möglich ist, indem der Kran befestigt wird — nach einem ähnlichen Unfall ist das auf einer anderen Stelle derselben Fabrik geschehen — wirft man die Arbeiter auf das Straßenpflaster. Wenn die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft das zur ständigen Praxis erheben wird, daß Leute, die einen Unfall erleiden oder die in irgend einer Verbindung mit einem Unfall stehen, entlassen werden, dann würde die Fabrik ein richtiges Bienenhaus werden. Am Ende ist das aber bequemer als die Einführung wirkungsvollerer Unfallverhütungsmaßregeln, die gerade in diesem Betriebe dringend notwendig sind.

ph. **Ein Diebeskleeblatt.** Festgenommen wurden drei auf dem Hochofenwerk tätige Arbeiter, welche bei einem Uhrmacher in der Burgstraße und bei einem Uhrmacher in der Johannisstraße mehrere Uhrketten, Weckuhren und Ringe gestohlen hatten.

ph. **Steckbriefling.** Auf Grund steckbrieflicher Verfolgung der Staatsanwaltschaften Altona und Lübeck wurden ein Gärtner aus Holthusen und ein Arbeiter aus Mehldorf festgenommen.

ph. **Die Ladenkasse bestohlen.** Ein Arbeiter aus Eigenau wurde festgenommen, weil er in einer Stehblerhalle in der Waisenhofstraße die Ladenkasse bestohlen hatte.

ph. **Diebstahl.** Am 14. d. M. abends sind von einem Schuppen an der Wakenitzmauer ca. 20 Meter grün gestrichene Regentrumpfen gestohlen worden.

Einen Demonstrations-, Experimental- und Lichtbildervortrag des schweizerischen medizinischen Schriftstellers Richard Heise veranstaltet die hiesige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes am Freitag abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Der spiritistische Schwindel wird entlarvt, die angeblich „ungelösten Rätsel der Wissenschaft demaskiert. Angeblich unerklärliche Experimente werden vom Vortragenden ausgeführt, wie: Die geheimnisvolle Uhr — Die Geisterschrift — Die Durchdringung der Materie — Das Medium mit der übernatürlichen Seherkraft — Geisterkundgebungen bei einer amerikanisch-spiritistischen Sitzung usw. — Auch verschiedene Experimente auf dem Gebiete des „Gedankenlesens" werden wiedergegeben. Sämtliche Experimente werden erklärt. Der Vortrag verspricht somit ein außerordentlich interessanter zu werden. Ein sehr zahlreicher Besuch ist wohl zu erwarten, zumal der Eintrittspreis nur 20 Pfg. beträgt.

Die Generalversammlung des Vereins für Gesundheitspflege findet am Donnerstag, den 17. Februar, abends 8½ Uhr in der „Vaulütte" statt. Bei der Reichhaltigkeit und Wichtigkeit der Tagesordnung dürfte es sich empfehlen, daß die Mitglieder in recht großer Anzahl an der Versammlung teilnehmen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Donnerstag gelangt Albert Lortzings komische Oper „Zar und Zimmermann" zur Aufführung. In den Hauptpartien sind die Herren Fischer, v. Schenck, Melzer, Haas, Höttges sowie die Damen Stretten und v. Neuendorff beschäftigt. Die Inszenierung liegt in den Händen des Herrn v. Schenck. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Hüsgen. Am Freitag kommt Rossinis reizvolle Oper „Der Barbier von Sevilla" zusammen mit der Ballett-Pantomime „Vision nach dem Ball" zur nochmaligen Wiederholung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag, abends 8 Uhr, gelangt das Lustspiel „Im weißen Rößl" von Blumenthal und Kadelburg zur Aufführung.

Herrnburg. Eine sehr gut besuchte Volksversammlung tagte am Montag abend in Dechows Gasthaus. Frau Fahrenwaldt-Berlin sprach über „Die Frau und die Politik". Die treffenden Ausführungen der Referentin wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Erfolg war ein guter, eine Anzahl Aufnahmen in die Parteiorganisation waren zu verzeichnen. Auch wir marschieren. In einer Vorversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde beschlossen, den 70. Geburtstag des Genossen Bebel im Kreise der Parteigenossen würdig zu feiern. Pflicht der Genossinnen und Genossen ist es, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Schönberg. Ein Schweinigel. Der Arbeiter Beckmann, der hier in dem sogenannten Seuchenhause untergebracht war, machte sich einer Vergewaltigung an einem Schulmädchen schuldig und wurde deshalb am Sonntag in Haft genommen.

Hamburg. Der beleidigte Raubmörder Holst, der sich von einem Detektiv in seiner Ehre gekränkt fühlt, weil dieser ihn beim richtigen Namen nannte, wird nun doch nicht das Vergnügen genießen, seine „Ehre" durch den Staatsanwalt repariert zu erhalten. Die Staatsanwaltschaft hat nämlich das Verfahren eingestellt und damit die Welt um eine Satire gebracht, wie sie im „Simplizissimus" beißender nicht dargestellt werden könnte.

Hamburg. Ein Fischdampfer in Grund gerannt. Die gesamte Besatzung ertrunken. Der englische Dampfer „Greenland", der Dienstag morgen von England aufgekommen ist, kollidierte Montag infolge Nebels in der Nordsee mit einem unbekannten Fischdampfer. Dieser sank sofort. Der englische Dampfer blieb längere Zeit an der Unfallstelle, sah aber nichts von der Mannschaft, sondern nur Wracktrümmer. Der Führer des englischen Dampfers, Kapitän Harben, berichtet über den Zusammenstoß folgendes: In der Nacht auf Dienstag gegen 1 Uhr befand sich der Dampfer fünf Seemeilen Nordnordost von Haaks Feuerschiff in dichtem Nebel, als auf einmal der Ausgucksmann dicht voraus ein Schiff meldete. Ehe noch das Signal zum Stoppen der Maschine gegeben werden konnte, erfolgte schon der Zusammenstoß mit dem fremden Schiffe, dessen Name nicht auszumachen war, anscheinend jedoch ein Fischdampfer sein mußte. Kaum daß der Fischdampfer „Greenland" von dem fremden Dampfer frei war, sank dieser auch sofort in die Tiefe. Vom Fischdampfer wurde nun sofort das Rettungsboot ausgesetzt und die ganze Strecke mehrere Stunden abgesucht, doch war kein menschliches Wesen mehr zu sehen, nur Schiffstrümmer stiegen hin und wieder vom Grunde auf. Der Kapitän ist der Meinung, daß fast die ganze Besatzung unter Deck im Schlaf gelegen haben mußte und nur ein Rudersmann an Deck gewesen war. Nachdem sich der Dampfer noch einige Stunden in der Nähe der Kollisionsstelle aufgehalten hatte, dampfte er ab und traf Dienstag morgen am St. Pauli-Fischmarkt ein. Das Schiff hat Schaden am Vordersteven.

Neumünster. Über die Polizeischlacht wird noch berichtet: „Die Polizei stellte sich im Zentrum der Stadt auf zwei großen Plätzen in langer Linie auf. Als die Demonstrationszüge nahten, forderten die Schutzleute und Polizeisergeanten die Menge auf, auseinanderzugehen. Das Publikum konnte der Aufforderung nicht Folge leisten, weil der Rückweg durch die nachdrängenden Massen versperrt war. Nach dreimaliger Wiederholung des Befehls zum Auseinandergehen gab der Polizeikommissar Gutsmann das Zeichen zum Blankziehen und Dreinschlagen. Die Demonstranten ergriffen nun die Flucht; aber nur die letzten im Zuge konnten sich in Sicherheit bringen, auf die Vordersten hieben die Beamten planlos ein. Die Situation wurde dadurch besonders kritisch, daß die Schutzleute mit scharfen Säbeln zuschlugen. Als nämlich vor Jahresfrist ein Tumult entstanden war, ließ die Polizei am Tage darauf die Säbel schleifen und sie später nicht wieder stumpf machen. Daher sind jetzt verschiedene sehr schwere Verletzungen entstanden. Der fünfzigjährige Arbeiter

Theßmann, Vater von vier Kindern, erhielt einen Hieb über den Rücken, der die Lunge bloßlegte und mehrere Rippen brach. Ein zweiter Arbeiter, dessen Name nicht festgestellt ist, wurde angeblich ebenfalls tödlich verletzt. Er liegt im städtischen Krankenhaus. Dem Arbeiter **Flinker** wurde durch einen Säbelhieb die linke Hand fast vom Arm losgeschlagen. Eine schwere Handverletzung erlitt auch der Tuchmacher **Grauel**; er wird voraussichtlich ebenfalls den Verlust der Hand zu beklagen haben. Einem anderen wurde das rechte Ohr abgeschlagen. Außerdem erlitten etwa 40 Personen leichtere Verletzungen. Einer ganzen Reihe von Leuten wurden die Kleider zerrissen." Dem nationalliberalen „Hamov. Courier" wird zu den Polizeibrutalitäten noch geschrieben: „Die Verletzungen befinden sich am **Hinterkopf** oder am **Rücken** der Verwundeten. Das bestätigt die Aussagen von Augenzeugen, **daß die Polizisten blindlings auf die vor ihnen herfliehende Menschenmenge eingehauen haben.** Es sollen im ganzen 10 000 Menschen an den Wahlrechtsdemonstrationen teilgenommen haben. Sehr viele unschuldige und unbeteiligte Personen sind arretiert und von den Polizisten verletzt worden. Vielen Personen **hingen die Kleider in Fetzen vom Leibe.** In Neumünster herrscht große Erregung über das Vorgehen der Polizei." Dem freisinnigen „Hamb. Fremdenbl." wird noch berichtet: „Ein weiterer Schwerverletzter wurde Montag nachmittag dem städtischen Krankenhause zugeführt. Er ist der Privatier Grönboldt, ein Kampfgenosse von 1864 66 und 1870/71. Er hat, als er sich **zufällig** in der Menge befand, durch Säbelhiebe schwere Rückenverletzungen davongetragen. Sehr schlecht ist es einer Frau ergangen. Bei dem Gedränge kam sie zu Fall und wurde dann durch einen Säbelhieb erheblich verletzt. Von den sozialdemokratischen Stadtverordneten wurde eine Interpellation eingebracht. Sie wird in der am Freitag stattfindenden Sitzung der Städtischen Kollegien zur Beratung kommen. Vorbereitet werden Eingaben an den Landtag und Reichstag.

II Kiel. Noch ein **Nachspiel zum Werftprozeß.** Gegen den Diplom-Ingenieur **Heinrich**, Sohn des aus dem Werftprozeß bekannten Magazindirektors Heinrich, und gegen den Gefangenen-Oberaufseher **Hiestermann** in Altona, früher im Kieler Gerichtsgefängnis im Dienst, ist Anklage wegen aktiver und passiver Beamtenbestechung von der Staatsanwaltschaft erhoben worden. Es haben schon Vernehmungen stattgefunden. Heinrich soll den Gefangenen-Aufseher bestochen haben, damit er mit seinem in Untersuchungshaft befindlichen Vater in unerlaubte Verbindung treten konnte.

Lunden. **Großfeuer.** In Nehm brannte in letzter Nacht der Hof des Landmannes Stölting nieder. Verbrannt sind einige Stück Rindvieh, 2 Pferde und einige Schweine.

Tondern. **Verschüttet.** In Mögeltondern wurde Montag vormittag der Brunnenbohrer Jörgensen, der mit der Reparatur eines defekten Brunnens beschäftigt war, verschüttet und getötet. Der Verunglückte war Vater von 10 Kindern, von welchen sich einige noch im schulpflichtigen Alter befinden.

Oldenburg. **Verbrannt.** In der Fabrik der internationalen Gesellschaft verbrannte der Nachtwächter Schütte. Seine verkohlte Leiche wurde morgens im Kesselhause aufgefunden. Jedenfalls hat Sch. an dem Kesselfeuer seinen Kaffee erwärmen wollen, und seine Kleidung hat bei dieser Gelegenheit Feuer gefangen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 15. Februar.
Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.
Auftrieb 5900 Schweine. Der Handel war langsam. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,— bis 69,— (54,50 bis 55,00) Mk. Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 66,— bis 68,— (53,00 bis 54,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 66,— bis 67,50 (51,50 bis 52,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 66,— bis 66,50 (51,50 bis 52 50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 59,00 bis 64,00 (45,50 bis 49,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 64,00 bis 65,00 (51,00 bis 52,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 57,50 bis 63,— (45,00 bis 49,50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: **Paul Löwigt**, für den gesamten übrigen Inhalt **Johannes Stelling**. Verleger: Th. Schwartz. Druck: **Friedr. Meyer & Co.** Sämtlich in Lübeck.

Plötzlich und unerwartet entschlief sanft gestern abend unser süßer Sohn **Heini** im zarten Alter von 10 Monaten.
Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern
Richard Jentsch und Frau,
geb. Plehn.

2 Damen-Maskenkostüme zu vermieten Sedanstraße 26 b.

Ein Damen-Maskenkostüm (Griechin) zu vermieten Langereihe 33, I.

Junge Mädchen können das **Weißnähen** gründlich erlernen. Brolingstraße 30, pt.

Für Schuhmacher. Eine Ausputzmaschine umständehalber billig zu verkaufen. Näh. in der Exp. d. Bl.

Dtlbl. Sitz- und Liegewagen mit Nickel- und Gummireifen, sehr gut erhalten, preiswert zu verkauf. Petzerstraße 5, II.

Feinste gelbe Eßkartoffeln 5,50 Mk., hochfeine Magnum bonum, französische und Gesellschaftskartoffeln aus frostfreiem Keller, billig, frei Haus. Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
C. Heese, L. Jacobsen Nachf.
Meierstr. 26, Tel. 1440.

Hans Wilms, 1. Wallstraße 15 a. Telephon 2065.

Carl Folkers Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Gelegenheitskauf.
Eleg. neue Herren- u. Jünglings-Anzüge, Wert bis 42 Mk. jeder Anzug z. Aussuch. Mk. **16.50.**
Beckergrube 24.

Einer sage es dem anderen!
Den besten u. billigsten
Sohlen-Ausschnitt
kauft man in der Lederhandlung von
Wilhelm Grube,
28 Fünfhausen 28.

Ferienkolonien.
General-Versammlung
am Sonnabend, dem 19. Febr. mittags 12 Uhr, im Hause der Ges. zur Bef. g. T.
T.-O.: Jahresbericht. Rechnungsablage. Wahlen. **Der Vorstand.**

Einladung
zur
Feier des 70. Geburtstages
unseres Genossen
August Bebel,
des verdienstvollen Mitbegründers der deutschen Sozialdemokratie,
bestehend in
Vokal- und Instrumental-Konzert,
Festrede, Deklamationen,
leb. Bildern u. Gesangsvorträgen,
am Dienstag, dem 22. Februar.
Anfang präzise 8 Uhr abends.
Eintritt 25 Pfg. Eintritt 25 Pfg.
Einen recht zahlreichen Besuch erwartet
Das Komitee.
NB. **Karten** im Vorverkauf: Im Parteisekretariat, im Gewerkschaftshaus, in der Expedition des „Lübecker Volksboten", bei Carl Wittfoot, bei Gustav Ehlers, bei Heinr. Radden, beim Barbier Franz Kuhr, bei den Distriktsführern und Komiteemitgliedern.

Salon-Briketts.
Abnahme von 10 Ztr. a Ztr. 90 Pf. ab Bahn frei Haus. Bei Bestellg. genügt Postkarte. Gesiebte Nußkohlen 100 Pfd. 1 Mk. 30 Pfg., trocken vom Lager, empfiehlt
C. Prestin, Wickedestraße 33.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 17. Febr.,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Tarifkommission über die Sitzung mit den Arbeitgebern.
2. Unser bis zum 1. April zu zahlender Streikfonds.
3. Wahl von Vertretern zur Ortskrankenkasse.
4. Innere Verbandsangelegenheit.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Arbeiter-Abstinentenbund
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 17. Febr., abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Der Vorstand.

Achtung Sänger!
Die Gesangvereine
„Freiheit", „Eiche" und „Einigkeit"
Donnerstag abend 8½ Uhr
Gesangsprobe
im „Gewerkschaftshaus"
Alle kommen!
Die Obmänner.

Panorama
Breitestr. 53, I., Fl.
Vom 13. bis 19. Februar:
Brasilien.
Rio de Janeiro, Neu-Santos, Sao Paulo, Blumenau u. s. w.

Stadthallentheater.
Freitag, 18. Febr. Abds. 8 Uhr.
Im weissen Rössl.
Lustspiel von Blumenthal.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel**, Markt 14 und **Roß**, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Donnerstag, 17. Febr. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 132. Donnerstag-Ab. 21.
Zar und Zimmermann.
Komische Oper von Lortzing.
Freitag, 18. Febr. 7½ Uhr.
Der Barbier von Sevilla.
Oper von Rossini.
Hierauf: **Vision nach dem Ball.**
Ballett-Pantomime.

Keine Weisse Woche.
Rote Woche.
Möllers billige Fleischquelle. Spezialität: Rindfleisch Pfd. 50 Pf.
22 Fünfhausen 22.

R. Mihrs Restaurant
Moislinger Allee 6.
Zu meinem am Donnerstag, den 17. Februar, stattfindenden
Fastnachts-Essen
lade freundlichst ein. Rob. Mihr.
Anfang morgens 10 Uhr.

Schmiedestr. 20. Tonhalle Schmiedestr. 20.
(Pariser Kinema)
Sonst war das Programm großartig.
Diese Woche ist das Programm exquisit.
Wer sich oft wiegt, bleibt gesund. — Der erbarmungslose Zahnarzt. Lehmanns Weihnachten. — Der Schiedsrichter.
Roman einer Kunstreiterin.
Dimitry Donskoy.
Die Postbeamtin.
Die Polizistin.
Dramen.
Goldbergwerk in Grahamstown. — Zirkusflowns.
Die Direktion.

Deutsch. Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Freitag, den 18. Februar 1910, abends 8½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses,
Johannisstraße 50—52:
Demonstrations-, Experimental- und Lichtbilder-Vortrag
des medizinischen Schriftstellers **Richard Heise** aus Walzenhausen (Schweiz) über:
Geheimnisvolle Mächte
Dieser Vortrag wird nicht nur durch Lichtbilder, sondern auch durch viele Experimente demonstrativ erläutert. Insbesondere werden den Besuchern die Machenschaften der spiritistischen Betrugsmedien gezeigt und nachgewiesen, wie bei ihnen die sog. übernatürlichen Phänomene, die Geistermanifestationen und der Verkehr mit den Seelen der Verstorbenen „gemacht" werden. Angeblich unerklärliche spiritistische Experimente werden vom Vortragenden ausgeführt, wie: Die geheimnisvolle Uhr — Die Geisterschrift — Die Durchdringung der Materie — Das Medium mit der übernatürlichen Seherkraft — Geisterkundgebungen bei einer amerikanisch-spiritistischen Sitzung 2c. — Auch verschiedene Experimente auf dem Gebiete des „Gedankenlesens" werden wiedergegeben. **Sämtliche Experimente werden erklärt.** Eintritt 20 Pfg. — Zu diesem wirklich lehrreichen und interessanten Vortragsabend, zu welchem Damen und Herren Zutritt haben, ladet freundlichst ein Das Komitee.
Karten und Prospekte sind bei sämtlichen Vertrauensleuten, im „Gewerkschaftshaus" und im Bureau, Johannisstraße 48, I., zu haben. Kassenöffnung 7½ Uhr.

Einladung zum
IV. großen Fest-Ball
veranstaltet vom
Handharmonika-Klub „Harmonia" und der Bedienung
am Donnerstag, dem 17. Februar 1910
im Etablissement des Herrn J. Benn, Louisenlust.
Um 10 Uhr große Husarenpolonäse.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wof. Garder.
Anfang 8 Uhr. Ende morgens. D. O.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 39. Mittwoch, den 16. Februar 1910. 17. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 15. Februar 1910.

36. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Sydow, von Arnim.

Das Kaligesetz.

Dr. Ricklin (Elsässer): Die auch bei uns im Aufblühen begriffene Kaliindustrie würde durch das Gesetz nur gestört werden. Wir wollen aber sehen, welche Gestalt es in der Kommission erhält.

von Damm (WVgg.): Der Weg, den die Regierung vorschlägt, scheint uns der gangbarste zu sein, um der bestehenden Kalamität abzuhelfen.

Werner (Ant.) spricht sich ebenfalls für die Vorlage aus.

v. Dannenberg (Welfe): Es ist sehr angebracht, die Kaliindustrie zu schützen; ein Drittel sämtlicher Werke liegt in Hannover. Die Erzählungen von den Millionen-Gewinnen sind übertrieben.

Brandy (Pole) äußert starke Bedenken gegen die Vorlage.

Es läuft ein Schlußantrag der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen ein.

Ledebour (S.) [Zur Geschäftsordnung]: Bei der Bedeutung des Gegenstandes bitte ich, den Antrag abzulehnen; wir haben den dringlichen Wunsch, daß noch ein zweiter Redner zu Worte kommt. Vermutlich ist das auch bei andern Fraktionen der Fall.

Der Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Das Gesetz wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Das Stellenvermittlungsgesetz.

Staatssekretär Delbrück: Die fortgesetzten Klagen über die Stellenvermittler haben die Einbringung dieses Gesetzes veranlaßt. Besonders die großen Kämpfe um den Arbeitsnachweis zwischen den gewaltigen Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen haben die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Gegenstand gelenkt. Die verbündeten Regierungen haben die Frage der Einführung öffentlich rechtlicher Arbeitsnachweise mit paritätischer Beteiligung der Arbeiter und Arbeitgeber reiflich erwogen. Sie sind aber zu dem Resultat gelangt, daß wenigstens vorläufig die Lösung der Frage in diesem durchgreifenden Sinne noch nicht möglich ist. Es geht auch nicht an, die privaten Stellenvermittler ohne weiteres um ihr Brot zu bringen. Infolgedessen begnügt sich der Gesetzentwurf damit, die private Stellenvermittlung einer rechtlichen Regelung zu unterwerfen. Dadurch, daß der Entwurf die Erlaubnis zur privaten Vermittlung an den Bedürfnisnachweis knüpft, und das Bedürfnis insbesondere da verneint, wo ein öffentlicher gemeinnütziger Nachweis in ausreichendem Umfang besteht, wird der in der Richtung nach paritätischem Nachweis sich bewegenden Entwicklung Rechnung getragen. Redner bespricht kurz die Einzelbestimmungen und geht flüchtig über die Strafbestimmungen hinweg. (Strafandrohung wegen Verleitung zum Kontraktbruch erwähnt er überhaupt nicht) und bemerkt zum Schluß, daß der Entwurf in Interessenkreisen durchaus günstige Aufnahme gefunden habe.

Dr. Pfeiffer (Z.): Ob der Entwurf in der vorliegenden Gestalt Annahme finden wird, scheint mir noch recht zweifelhaft. Im Prinzip halten wir ihn für einen Fortschritt, besonders freuen wir uns über das Verbot, Gastwirtschaft und gewerbsmäßigen Verkauf alkoholischer Getränke neben gewerbsmäßiger Stellenvermittlung zu betreiben. Auch hat es uns gefreut, daß der Staatssekretär die Entwicklung in der Richtung des öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises als die naturgemäße betrachtet. Wir beantragen Überweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall im Zentr.)

Dr. Wagner-Sachsen (K.) spricht sich im allgemeinen durchaus für die Vorlage aus und beantragt Kommissionsberatung.

Wölzl (NL.): Die Mißstände auf dem Gebiete der Stellenvermittlung sind notorisch. Die Tendenz der Vorlage ist nur zu begrüßen. Die Bedenken der Vorredner im einzelnen verdienen aber die volle Beachtung der Kommission.

Manz (FVp.): Die Mißstände müssen allerdings beseitigt werden, aber wir fürchten, daß eine völlige Ausschaltung der gewerblichen Stellenvermittlung beabsichtigt wird, und ich meine, man solle nicht ohne Not einer so großen Gruppe des Mittelstands die Existenz nehmen. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Wir werden auf dem Boden der Vorlage einige Änderungen vorschlagen und beantragen die Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern. (Bravo! b. d. Freis.)

Brühne (SD.): Die sozialdemokratische Presse hat seit langem auf die Mißstände des Vermittlungswesens aufmerksam gemacht. Die paritätischen Arbeitsnachweise der Kommunen haben den Übelständen auch nicht abgeholfen. Zum Teil liegt es daran, daß man seitens der Kommune Militäranwärter bevorzugte, die für diese Stellung gewiß nicht geeignet sind. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Der vorliegende Entwurf lehnt sich an das französische Gesetz an, geht aber nicht so weit wie dieses, welches die völlige Aufhebung der privaten Stellenvermittlung vorsieht. Auch bei uns wird von großen Erwerbsklassen diese völlige Aufhebung verlangt: Vor allem von den Hunderttausenden von Gastwirtsgehilfen, in letzter Zeit aber auch von den Handlungsgehilfen. Vor den Kosten der völligen Aufhebung sollte man nicht zurückschrecken, wo es sich darum handelt, das Los der schwächsten Existenzen zu bessern. Bezüglich der Machtbefugnis, welche der Entwurf den Landesbehörden gibt, sind wir nach unseren Erfahrungen sehr mißtrauisch. Einem Sozialdemokraten gegenüber wird man stets geneigt sein, die Bedürfnisfrage zu verneinen. Den Maßnahmen des § 3, welcher einem Stellenvermittler den Betrieb einer Gastwirtschaft sowie den Kleinhandel mit geistigen Getränken, die Vermietung von Wohn- und Schlafstellen, den Kleiderhandel 2c., den Geldwechsel und das Pfandleihegeschäft verbietet, schließen wir uns vollständig an. Wenn aber der § 8 der Zentralbehörde erlaubt, Ausnahmen von dieser Vorschrift zuzulassen, so ist wieder der Umgehung Tür und Tor geöffnet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Denkschrift weist nach, daß allein aus Berlin jährlich 100 000 Arbeiter auf das Land vermittelt werden. Es wäre interessant, zu erfahren, unter welchen Bedingungen und Löhnen diese 100 000 Arbeiter auf das Land gehen. Die Denkschrift der Stellenvermittler weist ferner darauf hin, daß nicht sie die Abwanderung vom Lande veranlassen, sondern daß dort bei 16stündiger Arbeitszeit bei einem Lohn von 4—8 Pfennig unter der üblichen Verpflegung gearbeitet werden muß, weshalb die Leute es dort natürlich nicht aushalten. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die schlimmsten Zustände herrschen im Gastwirtsgewerbe. Hätten freilich die Gastwirtsgehilfen sich früher zu einer leistungsfähigen Organisation zusammengeschlossen, so würden die Zustände nicht haben eingreifen können. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Es besteht hier ein Tarif für ganz Deutschland, welcher ungeheuerliche Gebühren für die Vermittlung aufweist. Das Verdienst der Vermittler ist keineswegs so gering, wie sie selbst glauben machen wollen. Zu diesen hohen Gebühren — auf dem Lande ist die Ausbeutung nicht geringer — kommen noch andere Auswüchse. So ist es z. B. in Elbing Gebrauch, daß der Stellenvermittler die Kellnerinnen auch gleich einkleidet, wobei er natürlich das Vierfache des Wertes der Kleider berechnet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Von einem Kellner hat ein Vermittler 100 Mark für die Vermittlung verlangt. Der Kellner hat auch 60 gezahlt und als der Vermittler den Rest einklagte, war das Gericht so vernünftig, ihn abzuweisen. Redner bringt weitere Beispiele für die Ausbeutung seitens der Vermittler und ihre Gewissenlosigkeit. Die Arbeitsvermittlung bei den Gewerkschaften hat außerordentlich segensreich gewirkt. Wir fürchten aber, daß der § 12 dazu benutzt werden wird, den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen das Leben sauer zu machen. Am besten wäre es, man würde unserm Entwurf den Artikel des französischen Gesetzes einfügen, welcher ausdrücklich die Fachorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von den gesetzlichen Einschränkungen freiläßt. Wir stimmen der Einsetzung einer Kommission zu und hoffen, daß etwas Brauchbares zustande kommt. Sollen die Arbeiter aber Vertrauen zu dem großen paritätischen Arbeitsnachweis haben, so müßte zuvor den ländlichen Arbeitern endlich die Koalitionsfreiheit gegeben und die Gesindeordnung aufgehoben werden. Das Fehlen der Koalitionsfreiheit und das Bestehen der Gesindeordnung gehört ebensowenig in unsere Zeit, wie das preußische Dreiklassenwahlsystem. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kuloerski (Pole): Wenn es nicht gelingt, in der Kommission einschneidende Veränderungen an dem Entwurf vorzunehmen, so können wir ihm nicht zustimmen. Seine jetzigen Kautschukbestimmungen machen ihn uns unannehmbar. (Beifall b. d. Polen).

Dr. Burckhardt (WVg.) begrüßt den Entwurf im allgemeinen. Der Forderung des Kollegen Brühne, daß die Arbeitsnachweise der Organisationen nicht benachteiligt werden dürfen, ist zuzustimmen.

Die Diskussion schließt, die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Auf Antrag des Abg. Bassermann vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Erste Lesung des Arbeitskammern- und des Hausarbeitsgesetzes, sowie der Gewerbeordnungsnovelle.

Schluß 5¾ Uhr.

Aus der Partei.

Ein Glückwunsch für Bebel. Vor Schluß seiner Verhandlungen beschloß der Parteitag unserer französischen Genossen mit Akklamation einen in herzlichen Worten gehaltenen Glückwunsch an Genossen Bebel zu seinem 70. Geburtstag. Die Resolution spricht den Wunsch aus, Bebel noch viele Jahre für das internationale Proletariat am Werk zu sehen.

Der beleidigte Oberbürgermeister. Von der Strafkammer in Kottbus wurde der verantwortliche Redakteur der „Märkischen Volksstimme" abermals zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in einer Plauderei den Oberbürgermeister von Kottbus beleidigt haben soll. In der Begründung dieses Urteils heißt es u. a.: „Statt zu versöhnen, regt man die Menschen auf!" Dabei ist besonders zu beachten, daß die Plauderei in der Zeit des Wahlkampfes um die Stadtverordneten-Mandate verfaßt worden ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik in der Schuhfabrik von Jakobius Söhne in Berlin dauert unverändert fort. Die in voriger Woche stattgefundene Verhandlung mit der Kommission des Fabrikantenvereins ist gescheitert. Am Freitag wurden die Verhandlungen mit dem Fabrikanten selbst fortgesetzt, sie hätten auch zur Beendigung des Ausstandes geführt, wenn der Unternehmer nicht die Bedingung gestellt hätte, daß von 39 Streikenden 15 nicht wieder eingestellt werden sollten. Diese Bedingung soll dem Fabrikanten von seinem Verbande aufoktroyiert worden sein. Der Friedensschluß wurde durch diese Brüskierung der Arbeiterschaft vereitelt. Es wird daher ersucht, den Zuzug nach wie vor fernzuhalten.

Die Tarifbewegung im Holzgewerbe. Am 12. Februar sind nunmehr im Holzgewerbe 33 Verträge, die für rund 30 000 Arbeiter Geltung haben, zum Ablauf gekommen, und ist dieser kritische Zeitpunkt vorübergegangen, ohne daß es, wie zu erwarten war, zum Kampfe auf der ganzen Linie gekommen ist. Es ist darauf zurückzuführen, daß im letzten

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(15. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Die Francaise war es, die Delphin mit Hilda Bennechen tanzen sollte. Er hatte beinahe vergessen, weshalb er sie engagiert hatte. Bei den ersten Touren war er deshalb etwas nachlässig und unterhielt sich meistens mit Frau Hjelm, die hinter den Tanzenden saß.

Hilda Bennechen merkte es sogleich und sie wird davon schmerzlich berührt. Sie hatte den ganzen Abend teils mit Freude, teils mit Bangen diesem Tanz entgegengesehen.

In ihrem Hause behandelte der Kammerherr sie freundlich, aber doch fast wie ein Kind, hatte er sie doch gekannt, ehe sie konfirmiert war.

Oft hatte Hilda Bennechen sich gedacht, wie schön es wohl wäre, mit Delphin zu tanzen. Jetzt fühlte sie sich unsäglich enttäuscht; es fielen ihr alle spitzen Worte ein, die sie den ganzen Abend von ihren Freundinnen hatte hören müssen, und sie wünschte aufrichtig, daß ihr diese Auszeichnung nie zuteil geworden wäre.

Bei der dritten Tour fragte er sie nach irgend etwas. Sie sah ihn an, als sie antwortete, und der Kammerherr sagte zu sich selbst: „Welch' ein Auge!"

Nach dieser Entdeckung setzte er das Gespräch mit größerem Interesse fort, um sie zu veranlassen, ihn anzusehen. Die treuherzigen braunen Augen waren so klar und als sie nach und nach von dem munteren Tone, den er anschlug, angesteckt wurde, erhielt das kleine unschöne Gesicht einen lebhaften Ausdruck, der ihm gut stand.

Als der Tanz vorbei war, sagte er: „Aber, liebes Fräulein, wie hängt das zusammen? Wir haben nicht mehr als höchstens vier Touren getanzt."

Sie sah ihn etwas mißtrauisch an und erwiderte darauf lachend: „Das kommt davon, daß Sie die besten ersten Touren mit Frau Hjelm tanzten."

Georg Delphin wußte eine gute Antwort zu schätzen. Er sah sie überrascht an; aber in demselben Augenblicke wurden sie von einem anderen Paare angeredet und es bildete sich eine Gruppe um sie. Ehe der Kammerherr jedoch seine Dame verließ, hatte er sich die erste Francaise nach Tisch für alle künftige Bälle der Saison ausgebeten.

Immer höher stieg die Fröhlichkeit. Man gab sich dem Tanze mit einer Lust hin, daß die steifen Gestalten vom Anfange des Balles garnicht wieder zu erkennen waren. Die Stimmung erreichte ihren Höhepunkt, als nach Mitternacht mit dem Dessert Champagner herumgereicht wurde.

Wenn dieser Moment kam, so pflegte der Minister eine Ansprache an den Gastgeber und sein Haus zu halten, eine kurze staatsmännische Rede ohne jeglichen Schmuck. In solchen kleinen reservierten Reden bewegte sich der Minister gern, während er im Gespräch sich meistens auf Handbewegungen und ein diskretes Lächeln beschränkte, das er mit großer Mäßigung anzuwenden verstand.

Die Gesundheit der Damen brachte ein junger Dichter aus, der vor kurzem einen Band Gedichte unter dem Titel: „Schwüle Zeiten" herausgegeben hatte. Die Rede war ebenfalls in Versen abgefaßt und gewann großen Beifall, obwohl die Damen sie „entsetzlich trocken" fanden.

Darauf trat plötzlich zum Entsetzen seiner Freunde der blonde Kandidat Smith mit einer glühenden Schilderung von Jotunheim auf. Es ist niemals erhärtet worden, ob er durch Wein oder durch Liebe zu diesem Schritt gebracht ward; so viel aber ist sicher, daß seine Rede zu mancherlei Vermutungen Anlaß geben konnte. Denn während der Redner sich hoch oben im Gebirge — er gab sogar die Höhe genau an — zwischen Abgründen und Gletschern bewegte, erschien mit einem Male ein Augenpaar und eine Elfengestalt, von der später jemand behauptete, daß Karoline Hjelm damit gemeint gewesen sei. Sei dem wie ihm wolle, es wäre mit dieser Rede gewiß so gegangen, wie es in der Schrift steht: ist sie nicht zu Ende, so dauert sie noch, wenn nicht der lange, blöde Student Hansen plötzlich in die Höhe gefahren wäre mit dem Ausruf: „Es lebe Jotunheim!"

Unter dem Gelächter, das sich nun erhob, trank man auf diesen Toast zum großen Verdruß des unterbrochenen Redners.

Mit Kandidat Hansen aber hatte die Sache eine traurige Wendung genommen. Nach Tisch war ihm eine Flasche Portwein in die Hände gefallen und nun nahm er sich vor zu zeigen, daß er sich aus den anderen nichts mache. Er versteckte sich hinter eine Etagere und trank Glas auf Glas, um sich zu rächen; und mit jedem Glas fühlte er sich stolzer über seine Tücke. Aber unglücklicherweise ergab es sich, daß der Portwein noch tückischer war, als Studiosus Hansen, und als er mit gehobener Stirn durch den Saal schritt, um mitten in einer Francaise zu engagieren, kam einer seiner Freunde auf ihn zugelaufen, faßte ihn beim Arm und sagte: „Hansen, Du bist ja so betrunken, daß Du nicht gehen kannst, Mensch!"

Diese Worte machten einen so schmerzlichen Eindruck auf den Studenten, daß er mit einemmal aus seiner stolzen Stimmung zur schwärzesten Verzweiflung herabsank. Aus dieser fuhr er auf, um Kandidat Smiths Rede zu verderben.

Der Kotillon war wild. Mehrere Paare führten gleichzeitig verschiedene Touren auf in dem weiten Saal und fuhren dann in einer stürmischen Galoppade umher. Der schreckliche Hans hatte seine Braut die ganze Nacht hindurch mit starren Augen verfolgt und als Luise zuletzt — halb vorwärts gestoßen von Karoline — durch den Saal ging, um mit ihm zu sprechen, kehrte er ihr den Rücken und ging nach Hause.

„Du solltest Dich gar nicht um ihn kümmern," tröstete Karoline, „er ist doch wahrhaftig so widerlich."

Luise stand einen Augenblick wie vernichtet, als aber der Herr, mit dem sie tanzen sollte, herantrat, flüsterte sie ihrer Freundin zu: „Ich amüsiere mich so wundervoll, daß ich gern etwas Schelte morgen dafür hinnehme."

Und nach dieser leichtsinnigen Bemerkung wirbelte sie mit ihrem Herrn davon.

Es war vier Uhr. In Mäntel und Shawls gehüllt, standen Mütter auf dem Flur und in den Vorzimmern, halbtot vor Müdigkeit, und warteten auf ihre Töchter, die bloß noch ein einziges Mal herumtanzen wollten. Die Väter standen bereits im Überzieher, die Zigarre im Munde, am Schenktische und schwatzten in den Tag hinein.

Aber drinnen im Saal ward getanzt, als gelte es das Leben. Die Paare fuhren wie besessen umher in dem stauberfüllten Raum, wo die herabgebrannten Lichter flammirn und qualmten. Unter Stühlen und Sofas lagen Fetzen von Damenkleidern, verdorrte Buketts, Ballkarten und Taschentücher, die wie Wischlappen aussahen, auch die Luft war von einer seltsamen Mischung verschiedener Gerüche erfüllt. Die Herren aber stürmten davon mit dem Haar über die Augen und mit verschobenen Halsbinden, während die Damen wie lange Fetzen von Tüll und Tarlatan aussahen, die in den Armen der Herren hingen und sich um ihre Beine hingen.

(Fortsetzung folgt.)

Augenblick eine Verständigung zwischen den Zentralvorständen der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen erzielt wurde, die dahin geht, daß die Verhandlungen zunächst fortgesetzt werden sollen, und daß während der Dauer dieser Verhandlungen, trotz des geschehenen Ablaufs der Verträge, weder Aussperrungen noch Streiks in den in Frage kommenden Städten vorkommen sollen. Die in der letzten Woche stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen sollen, wie wir erfahren, schon in den nächsten Tagen ihre Fortsetzung finden. Ob es hierbei gelingt, einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden, läßt sich heute noch nicht sagen. Die Lage im Holzgewerbe bleibt also nach wie vor noch sehr gespannt, doch dürfte, falls nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, noch eine Zeitspanne vergehen, bevor die endgültige Entscheidung erfolgt. Welches Gewicht den fortsetzenden Verhandlungen auf seiten der Arbeitgeber beigelegt wird, beweist eine Notiz der Fachzeitung der Arbeitgeber. Dort heißt es: „Das Schwergewicht liegt in den Verhandlungen der Zentralvorstände und dort wird die Entscheidung fallen." Für die Holzarbeiter liegt das Schwergewicht darin, daß sie heute erklären können, daß ihre Rüstung auf der ganzen Linie vollendet ist, daß sie über eine gut ausgebaute Organisation verfügen und durch die Opferwilligkeit der Mitglieder den Kassen in den letzten Wochen ganz gewaltige Summen zugeführt worden sind. Die Holzarbeiter werden den weiteren Dingen also „Gewehr bei Fuß" entgegensehen!

Der Streik in der Berliner Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ist für die Arbeiter erfolgreich beendet worden. Der Metallarbeiterverband suchte bald nach Ausbruch des Streiks Verhandlungen mit der Direktion anzuknüpfen. Nach Beginn der Verhandlungen erklärte sich die Direktion zu einigen Zugeständnissen bereit. Montag kam die Einigung zustande. Den Lohnarbeitern wurden, mit Ausnahme weniger, die erst kürzlich in den Betrieb gekommen sind, Lohnzulagen bewilligt. Die Ausständigen erklärten sich mit den gemachten Zugeständnissen einverstanden, beschlossen den Streik aufzuheben und am Dienstag die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Organisation errang somit einen ganz beachtenswerten Erfolg.

Zu den Differenzen im Steindruckgewerbe. Die Arbeiter der graphischen Berufe in Fürth und Nürnberg nahmen in zwei Versammlungen den Bericht über die Münchener Verhandlungen entgegen. Sie protestierten entschieden gegen die Verschleppungspolitik des Unternehmerschutzverbandes. In beiden Versammlungen wurde einstimmig erklärt, daß die graphischen Arbeiter die Zurücknahme der Kündigung durch die Unternehmer für sich nicht als bindend anerkennen, bevor nicht die Differenzen wegen der Arbeitsordnung ebenfalls erledigt sind.

Die Holzarbeiteraussperrung in Höchst a. M. ist beendet und die Arbeit am Montag aufgenommen worden. Die Arbeiter haben im wesentlichen ihre Forderungen durchgesetzt. Die eigentliche strittige Frage war die über die geltenden besseren Bedingungen, die die Unternehmer beseitigt haben wollten, d. h., sie wollten, daß in keiner Werkstube über die tariflich festgelegten Akkordlöhne gezahlt werden sollte. Es bestand aber schon bisher die Bestimmung, daß einzelne Firmen auch höhere Preise zahlen durften. Daß diese Bestimmung nicht fortfällt, sondern bestehen bleibt, haben die Holzarbeiter nun wieder erreicht. Über den anderen strittigen Punkt bezüglich der Festsetzung der Arbeitszeit wird eine Schlichtungskommission entscheiden. Die Unternehmer haben also mit der Aussperrung ihre Absichten nicht erreicht.

Die Vereinigungen der Bäckermeistersöhne als Streikbrecher-Organisationen. In den letzten Jahren hat sich in den verschiedensten Städten Deutschlands eine besondere Art von Vereinen gebildet — die Vereinigungen der Bäckermeistersöhne. Die Gründer dieser Vereine sind die Bäckerinnungen „Germania" und „Konkordia", die diesen auch finanzielle Unterstützung angedeihen lassen. Der eigentliche Zweck dieser sonderbaren Vereinsgründungen geht klar und deutlich aus nachstehendem Brief hervor, der an den Vorstand der Vereinigung der Bäckermeistersöhne in Augsburg gerichtet wurde. Das interessante Schriftstück lautet: „Werte Kollegen! Wie Euch vielleicht nicht unbekannt ist, stehen wir hier im Maingebiet vor einer Lohnbewegung, denn der im Jahre 1907 abgeschlossene Tarif ist auf den 31. 3. ds. Js. von Seite der beiden Gehilfen-Korporationen gekündigt worden. Der Gehilfenverein „Germania" hat bereits schon seine Forderungen eingereicht und wünscht die Sache auf gütlichem Wege zu erledigen, während der „rote Verband", trotz seines Versprechens, dieselben bis Mitte Januar einzureichen, bis heute diesem noch nicht nachgekommen ist. Er geht offensichtlich damit um, die Sache bis vor Ostern zu verschleppen, um dann wie 1907 die Meister zu überrumpeln; damals waren wir auch nicht im geringsten vorbereitet und mußten wir eben Haare lassen. Diesmal steht die Sache anders. Wir haben uns die Meister durch Vertrag gezwungen, das zu halten, was die Majorität beschließt und haben auch alle bis auf 2 Rote dies getan. Da es aber nicht ausgeschlossen ist, daß wir diesmal einen Streik bekommen, so wäre es uns sehr erwünscht, wenn Sie uns dann für die Dauer desselben mit Aushilfen zu die Hand gingen. Wir brauchen in diesem Falle vielleicht 70 bis 80 Mann und wollen Sie mir geff. mitteilen, mit wieviel Mann Sie uns dienen könnten. Alle Auslagen werden von uns getragen und würden wir Ihnen in bejahendem Falle den Ort angeben, wohin dieselben kommen sollen. Selbstredend würden wir im Fall eines dortigen Streiks zu jederzeit ebenfalls Ihnen zur Seite stehen. Ihrer baldigen Antwort entgegensehend, mit kollegialem Gruß Robert Luft, Vorsitzender der Ortsgruppe des Arbeitgeberschutzverbandes „Offenbach"." — Die Bäckermeister des Maingebietes werden also schon Streikbrecher, um die Forderungen der Gehilfen abzuschlagen. Als brauchbares und williges Streikbrechermaterial müssen ihre Söhne herhalten, die man zuvor in besonderen Vereinen zum edlen Streikbrecherberuf erzieht. Auf alle Fälle gibt der Brief des Herrn Robert Luft, Offenbach, einen interessanten Einblick in das Treiben der organisierten Meister vom Backtrog.

Soziales.

Maschinenbetrieb in der Landwirtschaft. Bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907 wurden auch die im Jahre vor der Zählung benutzten Maschinen festgestellt. Das Statistische Landesamt veröffentlicht jetzt einige Zahlen, die jedoch kein vollständiges Bild ergeben. Viele Maschinen und maschinenähnliche Geräte, die in der Landwirtschaft ganz allgemein vorkommen, sind in der Statistik nicht berücksichtigt. Es sind nur solche Maschinen aufgeführt, die eine eigenartige oder größere Bedeutung haben: Dampfpflüge, Säemaschinen, Mähmaschinen, Hackmaschinen, Dreschmaschinen, Kartoffelpflanz- u. Erntemaschinen, Schrotmühlen u. Milchzentrifugen. Auch die kleinen Betriebe mit weniger als 2 Hektar wurden nicht beachtet. Bei den landwirtschaftlichen Betrieben mit mehr als 2 Hektar ist die Verwendung von Maschinen folgende: von 520914 kleinbäuerlichen Betrieben (2—5 Hektar) benutzten Maschinen 159 524 = 30,6 Proz., von 588 160 mittelbäuerlichen Betrieben (5—20 Hektar) benutzten Maschinen 410 850 = 70,5 Proz., von 175 976 großbäuerlichen Betrieben (20—100 Hektar) benutzten Maschinen 161 484 — 91,8 Proz., von 19 117 Großbetrieben (100 Hektar und mehr) benutzten Maschinen 18 721 = 97,9 Proz. Die Statistik zeigt, daß auch die Industrialisierung der Landwirtschaft mit riesigen Schritten vorwärts schreitet.

Kommunales.

Zur Illustration der kommunalen Selbstverwaltung. Die Regierung hat den Beschluß der Stadtverordneten in Elberfeld, wonach die Stadthalle auch den Sozialdemokraten zu Versammlungen zur Verfügung gestellt werden soll, beanstandet.

Aus dem Gerichtssaal.

Der große Mansfelder Aufruhrprozeß. Vor dem Schwurgericht in Halle nahm Montag der große Mansfelder Aufruhrprozeß seinen Anfang, nachdem in der letzten Woche bereits einige vor dem eigentlichen Hettstädter Krawall liegende Vorgänge abgeurteilt worden waren. Jetzt handelt es sich um eine Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs gegen zehn Personen, darunter eine Frau, und gegen zwei Personen wegen einfachen Landfriedensbruchs. Es sind dies der Schlosser Lohse, der als Hauptangeklagter in Frage kommt, die Bergleute Marczek, Schäfer, Schneider, Kaczmarek, Schröder, Regel, Bielert, Brühahn, Schütze, Finzel, sowie die Fabrikarbeiterfrau Müller. Die Angeklagten stammen sämtlich aus Hettstedt oder dem benachbarten Molmeck und befinden sich teilweise in Untersuchungshaft. Der große Mansfelder Bergarbeiterstreik mit seinen bekannten Begleiterscheinungen ist noch in aller Erinnerung. Es war nach langen Bemühungen dem alten Bergarbeiterverband gelungen, im Mansfelder Bergrevier Fuß zu fassen. Die Mansfelder Gewerkschaft verbot jedoch ihren Arbeitern die Zugehörigkeit zu diesem Verband und kündigte 40 Bergleuten, die sich weigerten, aus dem Verband auszutreten. Um die Wiedereinstellung dieser gemaßregelten Kameraden zu erzwingen, trat ein großer Teil der Belegschaft in den Streik, der jedoch nach mehrwöchentlicher Dauer erfolglos abgebrochen werden mußte. Am Nachmittag des 21. Oktober kam es zu Aufläufen. Der zur Anklage stehende Vorgang ereignete sich am Gewerkschaftsbahnhof des Niewandschachtes. Dort erwartete eine nach Tausenden zählende Menge Streikender mit ihren Frauen und Kindern die Ankunft eines Zuges mit Arbeitswilligen. Die Streikenden sollen nach der Anklage die Arbeitswilligen verhöhnt, beschimpft und geschlagen haben. Die Gendarmen, die den Arbeitswilligen zur Hilfe kamen, sollen tätlich angegriffen worden sein. Diese Vorgänge pflanzten sich bis auf den Hettstedter Marktplatz fort. Den Vorsitz führt wiederum Landgerichtsdirektor Netzbandt, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Alsleben, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Wolfgang Heine-Berlin und Dr. Landsberg-Magdeburg. — Die Angeklagten bestreiten fast durchweg die ihnen zur Last gelegten Vergehen. Einige behaupten, überhaupt nicht bei den als Landfriedensbruch bezeichneten Vergehen zugegen gewesen zu sein. Aus der Zeugenvernehmung ist interessant, daß die Beamten der Mansfelder Gewerkschaften, Hüttendirektoren, Obersteiger usw. vor allem die Beamten des Bergarbeiterverbandes, in erster Linie den Genossen Sachse und den Bezirksleiter Graf zu belasten suchen. Sie behaupten, daß diese in Versammlungen zu Gewalttätigkeiten aufgereizt haben. Alle diese Mitteilungen haben sie aber nur vom Hörensagen. Die Belastungszeugen aus Bergmannskreisen versagen zum großen Teil. Der Hauptbelastungszeuge, dem von den Streikenden ein Dolch abgenommen wurde, ist inzwischen verstorben. Die für die Angeklagten eintretenden Entlastungszeugen werden größtenteils nicht vereidigt. Fest steht vorläufig nur, daß die Arbeitswilligen auf ihrem Wege zum Schacht bespuckt und mit Schimpfworten belegt worden sind. Gewalttätigkeiten sind nur vereinzelt vorgekommen. Daß die Angeklagten damit in Verbindung zu bringen sind, ist bisher nicht erwiesen. — Die Verhandlungen dauern fort. Das Urteil wird zu Mittwoch abend erwartet.

Eine gestrauchelte Staatsstütze. Der Sanitätsrat Dr. Rolly in Mainz wurde am 14. Februar von der dortigen Strafkammer wegen Verleitung zum Meineid zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte, der wegen Wein- und Urkundenfälschung seinerzeit verurteilt worden war, hatte damals bestritten, an betrügerischen Manipulationen beteiligt gewesen zu sein. Die Untersuchung ergab jedoch, daß er einen Privatdetektiv zu einer falschen Aussage verleitet hatte.

Fünf Monate unschuldig im Militärgefängnis. Während das Regiment im vergangenen Herbst im Manöver war, wurden auf einer Unteroffiziersstube des 116. Regiments in Gießen vier Spinde erbrochen. Der Dieb nahm Kleidungsstücke und sonstige Sachen von mehr oder weniger geringem Werte. Der Verdacht fiel auf dem Musketier Ludwig Stahl von der 5. Kompagnie, der als revierkrank das Manöver nicht mitmachte und als Putzer eines der Unteroffiziere Zutritt zu der Stube hatte. Er wurde in Untersuchungshaft genommen und vom Kriegsgericht der 25. Division auf Grund eines äußerst schwankenden Indizienbeweises zu sechs Monaten Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte Stahl, der von Anfang an seine Unschuld beteuerte, Berufung an das Oberkriegsgericht eingelegt. Diese Instanz hörte in zehnstündiger Verhandlung 40 Zeugen, um schließlich im Einverständnis mit dem Vertreter der Anklage zur Freisprechung mangels genügenden Beweises zu gelangen. Stahl hat fünf Monate in Untersuchungshaft gesessen.

Aus Nah und Fern.

Die Leutnantsbevorzugung im Wahlrecht hat die ehemaligen Offiziere der deutschen Armee, die sich im Ausland eine neue Existenz gegründet haben, begreiflicherweise in große Freude versetzt. An den deutschen Reichskanzler soll, nach einer glaubwürdigen Mitteilung des „Ulk", folgendes Danktelegramm gerichtet worden sein:

Euer Exzellenz! Ehrfurchtsvollen Dank für das alten Offizieren mit Wahlvorlage geschenkte Vertrauen.
Neuyork, 10. Februar 1910.

Graf Palke, Aushilfskellner — v. Pinnedorf, Messengerboy — Baron Rackow, Stiefelputzer

Die Hauptsache ist freilich, daß diese Herren sich durch die neue Wahlvorlage bestimmen lassen, wieder nach Preußen zurückzukehren, damit sie von dem ihnen überwiesenen Nationalgeschenk Gebrauch machen können.

Räuberischer Überfall. In Dresden wurde in der Nacht zum Montag die im fünften Stock des Hauses Jüdenhof 3 wohnende Witwe Heinz, als sie in ihr Zimmer zurückkehrte, von einem Manne überfallen, der sich unter ihrem Bett verborgen hatte. Mit den Worten: „Geld her oder das Leben!" würgte er sie am Halse und verletzte sie so schwer, daß sie heftig blutete und zu Boden sank. In ihrer Angst flehte sie um ihr Leben und holte ihre gesamten Ersparnisse im Betrage von 249 Mk. herbei. Mit diesem Gelde flüchtete der Räuber auf demselben Wege, wie er gekommen war, durch ein Fenster über die Dächer hinweg; dann verbarg er sich in der Bodenkammer eines Hauses der angrenzenden Schäfergasse. Nach hartem Kampf, wobei die herbeigeholten Gendarmen von ihren Revolvern Gebrauch machen mußten, wurde er schließlich überwältigt. Der Räuber ist der 21jährige Arbeiter Hehne. Die schwerverletzte Frau wurde ins Stadtkrankenhaus gebracht.

Aus dem Fenster gestürzt. In Essen sind in einem Hause der Altessener Straße zwei Kinder im Alter von 5½ und 6 Jahren, als sie ihrer Mutter, die ausging, nachblicken wollten, aus dem Fenster gestürzt und tödlich verletzt worden.

Unglücksfall. In Mühlheim (Ruhr) kam beim Rangieren eines elektrischen Laufkrans ein Arbeiter der Starkstromleitung zu nahe und wurde auf der Stelle getötet. Ein 25jähriger Kranführer geriet zwischen zwei Puffer und wurde so schwer verletzt, daß er ebenfalls starb.

Verschüttet. Auf der Zeche „Adolar" bei Kupferdreh wurden einer Meldung aus Essen (Ruhr) zufolge zwei verheiratete Bergleute verschüttet. Beide sind tot.

Überfahren. In Reichenbach wurde, wie der „Vogtländische Anzeiger" meldet, der Schirrmeister Schubert beim Rangieren überfahren und getötet.

Das Hochwasser. In Bourges en Bresse (Dep. Ain) hat das Hochwasser die Deiche der Saone durchbrochen und zwei Dörfer überflutet. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten.

Ein 18jähriger Selbstmörder. Der achtzehnjährige Gymnasiast Camillo Sockl, der sich am Sonnabend während der Vorstellung in der Wiener Oper das Leben zu nehmen versuchte, hat die Tat, wie sich jetzt herausstellt, wegen eines schlechten Zeugnisses verübt. S. ist am Montag im Krankenhause gestorben.

Die Kanzler Wilhelms II. Ein Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung", der offenbar ein Feind alles Ungereimten ist, hat die Liste der Kanzler, die das Reich unter Wilhelm II. konsumiert hat, in folgendes Reimsystem gebracht:

Bismarck — der Verbannte,
Caprivi — der Verkannte,
Hohenlohe — der Verwandte,
Bülow — der Gewandte,
Bethmann — der Ernannte.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Montag, 14. Februar.

D. Britannia, Kapt. Stoll, von Emden in 45 St.
D. Stadt Lübeck, Kapt. Beth, von Memel in 52 St.

Dienstag, 15. Februar.

D. Pehr Brahe, Kapt. Lindroos, von Kopenhagen in 16 St.
D. Baltic, Kapt. Sundquist, von Hangö in 60 St.
D. Anneliese, Kapt. Thiel, von Königsberg in 40 St.
D. Meta, Kapt. Ehler, von Fehmarn in 3½ St.
D. Stadt Stralsund, Kapt. Christlieb, von Rostock in 6 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Montag, 14. Februar.

Eben Edzar, Kapt. Raßmussen, nach Burg a. F.
D. Lübeck, Kapt. Lundin, nach Kopenhagen.
D. Hera, Kapt. Blomgren, nach Marstrand.

Schiffsbewegungen.

D. Aegir, Kapt. Favorin, ist Montag abend in Hangö angekommen.

D. Stockholm, Kapt. Dieckow, ist gestern vormittag in Pillau angekommmen.

D. Motala, Kapt. Gustafsson, ist gestern nachmittag 5 Uhr von Kalmar auf hier abgegangen.

D. Tor ist gestern nachmittag in Abo angekommen.

Literarisches.

Im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart erschien: **Die Arbeiterklasse und der Strafgesetzentwurf.** Von Dr. Siegfried Weinberg, Rechtsanwalt in Berlin. Preis der Vereinsausgabe 40 Pfg. Der Verfasser schreibt im Vorwort: Die jahrelangen Vorarbeiten zur Reform des deutschen Strafgesetzbuches haben in dem am Ende des vorigen Jahres veröffentlichen „Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch" ihren gesetzgeberischen Niederschlag gefunden. Der Vorentwurf soll nun nach Absicht der Regierung zunächst einige Zeit der öffentlichen Kritik ausgesetzt sein und erst dann zu einer offiziellen Vorlage an den Reichstag ausgearbeitet werden. Allgemein ist es zwar nicht das Schicksal derartiger Vorentwürfe, im wesentlichen unverändert Gesetzeskraft zu bekommen, es ist aber sehr große Gefahr, daß diese Regel bei der Reform des Strafgesetzbuchs durchbrochen werden wird. Wenigstens läßt die begeisterte Zustimmung, die der Vorentwurf in allen bürgerlichen Lagern und vor allem auch bei den Männern der bürgerlichen Strafrechtswissenschaft gefunden hat, darauf schließen. Desto mehr Grund für die klassenbewußte Arbeiterschaft, auf dem Posten zu sein zur Abwehr dieses geplanten Attentats gegen ihren politischen und gewerkschaftlichen Emanzipationskampf, das an Gefährlichkeit alles auf diesem Gebiet bisher Dagewesene übertrumpft. Werden die vorgeschlagenen politischen Ausnahmebestimmungen Gesetz, so wird das sicherlich vielen einzelnen Kummer und Elend bringen; die Sozialdemokratie als Ganzes hingegen, die der Feuertaufe des Sozialistengesetzes getrotzt hat, wird sich auch durch die grausamsten Strafbestimmungen in ihrem Siegeslauf nicht hemmen lassen. Die nachfolgende Schrift ist im wesentlichen aus einer Serie von Leitartikeln hervorgegangen, die ich in der Zeit vom November 1909 bis Januar 1910 im „Vorwärts" veröffentlicht habe. Ich hoffe, daß sie auch über den Tageskampf um den Vorentwurf hinaus einigen Wert behalten möge. Sie ist in erster Linie als eine politische Kampfschrift gedacht und vermeidet deshalb nach Möglichkeit das Eingehen auf juristische Quisquilien.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".

Der Philister.*

Von Max Haußhofer †.

In einer Richtung muß ich euch verwarnen:
Laßt vom Philistertum euch nicht umgarnen!
Denn das Philistertum, das schleicht sich sacht
Um jegliches Gemüt: man hat nicht acht
Darauf: man ist ihm oft genug entronnen;
Auf einmal aber ist man eingesponnen
Von ihm; man weiß nicht wie und wo;
Man glaubt es nicht, und dennoch ist es so!
Wenn mich nun einer ernsthaft fragt: Wie ist er,
Und was bezeichnet ihn uns, den Philister?

Der Schlafrock ist ein äußerliches Zeichen;
Und doch charakteristisch ohne Gleichen.
Es können nämlich auch unzweifelhaft
Des Menschen Geist, Gemut und Leidenschaft
In einen unsichtbaren Schlafrock schlüpfen,
Wo unsichtbare Flöhe sie umhüpfen,
Und ist der ganze geistige Mensch einmal
Verhockt in solch' flanellnem Futteral:
Dann wehe ihm: er muß in einer dumpfen
Einseitigkeit wie Mumienfleisch verschrumpfen!
Ein Mensch, der stets die gleiche Zeitung liest,
Den alles, was nicht er sich denkt, verdrießt,
Dem jedes Lüftchen rauher Zugwind deucht,
Der jedem Pfützchen aus dem Wege weicht,
Der, wer man lacht, sich fragt: wozu dies Lachen?
Der außer den einmal gelernten Sachen
Nichts Neues lernt, und nichts vergessen kann,
Der zwar als hart gesottner Ehrenmann
Durchs Leben geht, doch keinem Freude macht,
Und über den kein Mensch weint oder lacht;
Der Leder spricht, wo andre Worte sagen,
Und Süpplein schlürft, wo andre Feinde schlagen,
Im Trocknen wandelt und sich nie bedreckt:
Dem alles Gift scheint, was er nicht versteht
Und Abweg jeder Weg, den er nicht geht;
Der auch den Größten nicht von fern beneidet,
Weil er nicht faßt, was jener schafft und leidet:
Den Menschen schaut genau euch an: das ist er,
Der arme, gottverlassene Philister.

* Das Gedicht stammt aus dem Nachlasse Max Haußhofers und wurde bisher noch nicht veröffentlicht. Die Gattin des Dichters hat es in freundlichster Weise der „Jugend" zum Abdruck übergeben.

Allerlei Wissenswertes.

Was können Mütter bei englischer Krankheit tun?

Wenngleich bei der englischen Krankheit (Rachitis), die sich durch eine Weichheit und dadurch entstehende Verkrümmung der Knochen äußerlich kenntlich macht, der Arzt in erster Linie seine Maßnahmen zu treffen hat, so können doch auch die Mütter von frühauf das ihrige gegen die Entstehung dieses Leidens tun. Ein hervorragender Arzt steht auf dem Standpunkt, daß Erblichkeit, überfütterung und alle die normale Blutbildung beeinträchtigenden Krankheiten für die Entstehung der Rachitis in Frage kommen. Eine schlechte, an Sonne und Wärme, Luft und Licht arme Wohnung kann infolgedessen die Wirkung dieser Ursachen erleichtern und bildet überhaupt die Vorbedingung einer jeden Krankheit der Säuglinge und Kinder. Die Mütter haben daher die Pflicht, für Licht und frische Luft, für Wärme und Sonnenschein nach Kräften Sorge zu tragen, wenngleich auch die Ernährung eine Hauptsache mit ist. Ferner handelt es sich um eine richtige Bekleidung der an englischer Krankheit leidenden Kinder, denn sie geraten sehr leicht in Schweiß, was ein Zeichen dafür ist, daß sie einer starken Wärmeabgabe dringend bedürfen, und um so mehr, als sie sich, da sie in der freien Körperbewegung sehr beschränkt sind, infolge Eiweißüberfütterung der im übermaß gebildeten Wärme kaum zu entledigen wissen. Statt diese Kinder zum Schutz vor Erkältungen wegen der Schweiße in Wolle einzupacken, sollten ihnen die Mütter die leichteste Wäsche und Kleidung geben, und als Unterkleidung am besten nur ein weitmaschiges Netzjäckchen verwenden. Das Steckkissen ist bei rachitischen Kindern von großem Übel, denn sie sollen nicht viel herumgetragen werden, und es ist ihnen außerdem viel zu warm. — Das Lager muß unnachgiebig und hart sein, aus Seegras oder Roßhaar bestehen und ein flaches Kopfkissen haben, damit sich das Hinterhaupt nicht zu sehr verändert. — Die Weichheit der Knochen und die wegen der schlaffen Muskulatur nachgiebigen Gelenke warnen vor einem vorzeitigen Sitzen, Gehen oder Stehen. Das können sich alle Mütter merken, deren Kinder an englischer Krankheit leiden.

Kohlengruben unter dem Meere.

Die englische und schottische Küste deckt weite Kohlenfelder, die natürlich nicht am Meeresufer halt machen, sondern sich noch weit unter dem Meere fortziehen. So ist es keine Seltenheit, daß dort die Kohlengruben auch unter das Meer gehen. In Schottland zieht sich z. B. das sogenannte Fifekohlenfeld von Küste zu Küste unter dem 19 Kilometer breiten Firth of Forth hin. Natürlich ist der Abbau solcher Kohlenfelder äußerst schwer. Der Meeresboden muß erst von außen auf seine topographischen Verhältnisse genau untersucht werden. Oft sind überschiebungen und tiefe Sprünge vorhanden, die in Jahrhunderten durch Alluvialsand ausgefüllt wurden und so einen scheinbar ebenen Boden abgeben. Vor einigen Jahren brach in die unterseeische Grube bei Workington an der Küste von Cumberland die See ein, trotzdem der Meeresboden vom zunächstliegendsten Flöz immer noch 119 Meter entfernt lag. Der profitlüsterne Kapitalismus geht auch heute noch mit gesetzlicher Erlaubnis bis auf 36 Meter an den Meeresboden heran. Die Abbaumethoden sind natürlich den besonderen Verhältnissen angepaßt. So wird zum Teil immer nur ein Kern des Kohlenflözes aus der Erde herausgeholt, das übrige bleibt zur Unterstützung der Wände stehen. Erst wenn der Schacht aufgegeben wird, nimmt man auf dem allmählich sich vollziehenden Rückzuge auch die Reste an Kohle mit. In den meisten Fällen gehört das Meeresufer dem Fiskus. Da sich das englische Seeterritorium bis zu 5 Kilometern von der Küste erstreckt, so ist der Fiskus Eigentümer von allen innerhalb dieser Entfernung befindlichen unterirdischen oder unterseeischen Kohlenschätzen. Meistens sind aber die Kohlenfelder an der Küste selbst Eigentum von Privatleuten, Aktiengesellschaften usw. Der Fiskus verpachtet dann sein unterseeischen Abbaurecht an die Gesellschaften.

Der Taxameter im Altertum.

Daß wirklich alles schon einmal dagewesen ist, geht aus einer Veröffentlichung der italienischen Zeitschrift „Nuova Antologia" hervor. Der Taxameter findet schon in dem Werk eines Zeitgenossen Cäsars Erwähnung; Vitruv in seiner Abhandlung „De Architectura" beschreibt ihn, und zwar durchaus nicht als eine neue Erfindung. Dabei begnügten sich die Alten nicht damit, ihre Wagen mit dem Taxameter zu versehen, sondern sie hatten sie auch an ihren Schiffen angebracht, wobei es sich freilich nicht um Berechnung des Fahrpreises, sondern lediglich um Festsetzung der zurückgelegten Entfernung handelte. Vitruv gibt eine lange Beschreibung des Mechanismus, der im wesentlichen auf dem System des Zahnrades beruht. Im 17. Jahrhundert beschreibt ein Bologneser Architekt „einen Wagen, der während der Fahrt die Zahl der Meilen zählt" und kritisiert das von Vitruv beschriebene System. Ein Mechaniker wird in beiden Beschreibungen viel Interessantes finden.

Aus den Witzblättern.

Mißverständnis. Mann (zur Frau): „Ja, Schatz, es geht jetzt ein feiner Zug durch die ganze Welt!" — Der kleine Fritz: „O, Papa, da fahren wir auch mit!"

Boshaft. Köchin: „Nachdem ich meine Photographie der Herrschaft eingeschickt hatte, bekam ich sofort die Stellung!" — Freundin: „Die Frau ist wahrscheinlich sehr eifersüchtig!"

Gewissenhaft. Professor: „Ich habe gestern zu Müller gesagt, er soll nicht so kopflos daherreden. Bei reiflichem Nachdenken ist mir eingefallen, daß ein Mensch ohne Kopf überhaupt nicht reden kann. Ich nehme also diese Äußerung zurück."

Vorteil. Schloßherr: „Ich lasse die Sonnenuhr wieder restaurieren. Erstens braucht man sie nicht aufzuziehen, und zweitens kann sie nicht gepfändet werden."

Gut gesagt. Leutnant: „Kommen Sie mit in die American Bar?" — Bankier: „Für solche Sachen habe ich kein Geld!" — Leutnant: „Was? Millionär und kein Bar-Geld?!"

(Aus Meggendorfer Blätter".)

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz, Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 7. Mittwoch, den 16. Februar 1910.

Finale.

Von Käte Bosse.

„Und ich sage dir, du wirst den Czernowitzer heiraten, ich habe ihm mein Wort gegeben, und dabei bleibt es — morgen kommt er dein Jawort holen," und damit schlug der Gutsherr von Frögenau, Edler von Roykowsky, so heftig mit der geballten Faust auf den Tisch, daß die feinen Kristallgläser einen klingenden Laut gaben.

Suse, die einzige Tochter des verwitweten Gutsherrn, stand in der Nische des hohen Eckfensters in der Arbeitsstube ihres Vaters und rührte sich nicht. Ihr schönes Gesicht mit den dunklen Augen, die schon manchen um seine Ruhe gebracht hatten, war leichenblaß. Nur als der Alte mit der Faust auf den Tisch schlug, schien sie wie aus einem tiefen schweren Traum zu erwachen, und über die schmerzlich zusammengepreßten Lippen kam ein weher, leiser Ton, wie ein Hauch, der flog bis an die dunkle Decke des Zimmers, dann sank er mit zerbrochenen Flügeln auf den getäfelten Fußboden nieder. Und Suse, die schöne Suse, wurde noch einen Schein blasser, und ging schweigend gesenkten Kopfes hinaus. Sie wußte, jeder Widerstand war nutzlos.

* * *

Im Herrenhaus von Frögenau strahlten die hohen Fenster in einem Meeer von buntem, flimmernden Licht.

Wagen auf Wagen rasten die Auffahrt heran und hielten vor dem breiten Vestibül. Sie kamen alle, um die Verlobung der schönen Tochter des Hausherrn zu feiern, und ihre verworrenen Stimmen drangen tief in den stillen Park hinein, und es schien, als hielten all die Blätter und Blüten den Atem an, um zu hören, was da drinnen vorging.

„Unsere schöne Suse ist traurig", flüsterten die hohen Tannen, die seit Menschengedenken im Park standen und die ganze Geschichte des alten Herrenhauses kannten, „sie ist traurig wie ihre Mutter, als sie zum letzten Male hier ging."

„Unsere süße Suse hat heute morgen geweint, sie ist achtlos an uns vorübergegangen", flüsterten die blauen Veilchen, und senkten traurig die duftenden Blütendolden.

„Schön Suse hat ihre junge Seele verloren", murmelte das hohe schlanke Schilfgewirr am Schloßteich, „sie hat heute morgen hier stundenlang gesessen. Ihr Gesicht war weiß wie Marmor, und ihre dunklen Augen haben immer in den anstoßenden Garten geschaut, der dem jungen Pfarrer gehört, und dann ist sie aufgestanden und ist fortgegangen."

„Aber sie kommt wieder", flüsterten die blassen Wasserrosen, „ihr Inneres brennt — und bei uns ist es kühl. wir kennen so traurige Menschenaugen, ihre schöne Mutter hat gerade so ausgesehen, als sie in ihrem weißen Kleide auf der kleinen Brücke ausglitt, und die kühlen Wellen ihr Erlösung brachten, sie wird wiederkommen, wenn sie ihre Seele suchen geht."

* * *

Indessen stand die schöne Suse von Raykowsky inmitten der großen Empfangshalle, und die Gäste ihres Vaters kamen auf sie zugeschritten und küßten ihr die Hand wie einer jungen Königin. Sie hatte das immer gleiche starre Lächeln um die Lippen, und ihre Augen hatten einen toten leeren Ausdruck, aber niemand sah das. Was konnten sie auch von ihr wissen.

Das schleppende kostbare Seidengewand schmiegte sich in weichen Falten um ihre junge Gestalt. Sie trug keinen Schmuck, die schöne Suse, nicht einmal das wundervolle Brillantendiadem, das ihr Verlobter ihr geschenkt hatte, nur in dem lose aufgesteckten Haar, das einen ganz seltsamen goldbraunen Schimmer hatte, leuchtete ein Zweig dunkelroter Rosen.

* * *

Im Speisezimmer brannten die hohen Kandelaber, leuchteten die feinen kristallenen Gläser, funkelte der schwere Wein in den geschliffenen Karaffen wie rotes Blut, und die Blumen in den kostbaren venetianischen Vasen dufteten süß und schwer.

In Schwarm der lachenden lauten Gäste saß Suse still und blaß, nur die feinen Finger preßten sich manchmal wie in jähem Schmerz krampfhaft ineinander, und einmal, als ihr Verlobter sich so nahe zu ihr niederbeugte, daß ihr der weinduftende Atem ins Antlitz schlug und sie das brennende Verlangen seiner dunklen Augen, die unabläßig auf ihre weißen Schultern sahen, wie eine Schmach fühlte, machte sie eine heftig abwehrende Bewegung. Der Hausherr aber, der immer lustiger und aufgeräumter wurde, rief ihr über den Tisch lachend ein Scherzwort zu, daß ihr das Blut dunkel in die Schläfen schoß, und als er sich erhob, um mit ihr anzustoßen, glitt der feine Kelch, ehe sich die Gläser berührt hatten, aus ihrer zitternden Hand und fiel mit klirrendem Klang auf den Boden, daß der rote Wein auf ihre weiße Schleppe tropfte.

„Das hat nichts Gutes zu bedeuten," flüsterte der alte Diener für sich, der hinter ihr stand — „es ist ganz so wie damals mit der gnädigen Frau, die machte auch so traurige, verlorene Augen wie unser gnädiges Fräulein," und er fuhr sich verstohlen mit der Hand über die alten müden Augen und schlug heimlich ein Kreuz.

* * *

Über dem schlafenden stillen Park stand der Mond wie eine große unbewegliche silberne Kugel. Und über den gelben Kies, mit dem die Wege bestreut waren, huschte ein leiser Schritt . . .

Aus den geöffneten Fenstern des Herrenhauses drang das trunkene Lachen der Gäste und das Klirren der Gläser.

Zu dem Hausherrn neigte sich das weingerötete Gesicht seines Schwiegersohnes, der eifrig auf ihn einsprach.

„Sie wird schon Vernunft annehmen", lachte der, „warte nur bis zur Hochzeit, dann kannst du ihr die stolzen Mucken austreiben." — „Ja — wenn sie nicht so schön wäre", flüsterte der Czernowitzer mit heiserer Stimme, „und wenn ichs mir nicht in den Kopf gesetzt hätte, daß sie mein werden sollte — weiß Gott — es gibt noch andere Weiber". Darauf lachte er laut auf und goß ein Glas Wein in einem Zuge herunter.

Und draußen unter dem offenen Fenster stand Suse im weißen, schleppenden Kleide, preßte die Hände auf das Herz, und über die blassen Wangen rollten schwere, zitternde Tropfen.

Als sie an den hohen Tannen vorbeiging, rauschten sie wie in heimlichem Warnen, und als ihr Kleidersaum die Veilchen im Grase streifte, weinten die Veilchen, und als sie an den kleinen Teich kam, streckten sich ihr die weißen Blätter der Wasserrosen wie verlangende Hände entgegen.

Suse wandte den Kopf. — Sie hörte ein Geräusch, wie von Schritten, die näher kamen und sich dann wieder entfernten. Sie glitt über den Rasen bis an die kleine Brücke, die den Pfarrersgarten von dem des Frögenauer Gutsherrn trennte. Im hellen Mondlicht sah sie eine dunkle, schlanke Gestalt wie ruhelos auf- und abwandern, ruhelos wie sie. — Und dann kam die schwarze Gestalt auf sie zu, als könnte es gar nicht anders sein, und im nächsten Augenblick war sie mit einem Sprunge auf der Brücke und hielt Suses zitternde Gestalt in den Armen.

Es war der junge Pfarrer, und es war der, den die schöne Suse liebte, die schöne Suse, die Grafenkronen ausgeschlagen hatte, die süße, stolze Suse, die Braut des Czernowitzers, in den Armen eines Pfarrers, der nichts hatte als seine Liebe zu ihr.

„Suse, mein Liebling, was haben sie dir getan, du, du, mein Liebling," und er küßte die geschlossenen Augen und das bleiche, stille Gesicht, bis ihre Wangen wieder Farbe bekamen und ihre Lippen zu lächeln begannen. — Das hohe Schilfgewirr am Wasser rauschte laut und immer lauter, aber die beiden hörten und sahen nichts. — „Willst du nun mit mir kommen", murmelte er mit erstickender Stimme, und er küßte ihr die Antwort von den roten Lippen. — „Wirst du nun immer bei mir sein — immer, und wirst nie fortgehen von mir —." „Nein — nein — nie — nie mehr, nie mehr." — „Horch — kam da nicht jemand — mir war es so —" flüsterte sie. „Ich muß jetzt schnell ins Haus zurück, damit mich nachher

niemand trifft — o Gott, mir ist so angst —." Er aber küßte sie von neuem, bis sie taumelnd an seine Brust sank. — —

So standen beide auf der kleinen Brücke ineinander versunken. Sie hörten nicht den Hufschlag des Pferdes, sie sahen nicht den Reiter, der den schmalen Reitweg durch den Park entlang kam. — Der aber sah sie. — Mit einem Satz sprang er vom Pferde und schlug sich an die Stirn, als könne er seinen Augen nicht trauen. — War das, die da auf der Brücke stand, die stolze Suse v. Raykowsky, die er nicht einmal anzurühren wagte — war das seine Braut — die in vier Wochen Herrn von Czernowitz, dem vielbeneideten Herrenätz, sein sollte? — — — und lehnte in eines andern Mannes Armen — und küßte einen andern — und er — der Czernowitzer, stand da und mußte sehen, wie sie seine Ehre zerbrach. — Rote Nebel tanzten vor seinen Augen und höhnten ihn, und das vom Wein aufgepeitschte Blut beraubte ihn fast ganz seiner Besinnung.

Jetzt fiel das Mondlicht ganz hell auf die beiden Gestalten, und jetzt erkannte er auch ganz deutlich das Gesicht des jungen Pfarrers.

Der Pole stieß einen schrecklichen Fluch aus — die Hand faßte nach dem geladenen Revolver, der in dem Sattelgurt steckte — hell blinkte der erhobene Lauf im Mondlicht — — —

Die beiden auf der Brücke fuhren jäh auseinander — zu spät — ein Schuß krachte — der junge Pfarrer wankte — da schrie Suse herzzerreißend auf. — Der Czernowitzer aber sprang auf sein Pferd, als säße ihm der Böse im Nacken, und raste, ohne sich umzusehen, in die Nacht hinaus. — Er hörte nicht mehr den dumpfen Fall, er sah nicht mehr, daß die Brücke, auf der die beiden gestanden, leer war, er sah nicht, daß Sises weißes Kleid noch auf den gleißenden Wogen lag, und daß die weichen Wellen mit dem schimmernden Gelock, in dem noch die rote Rose hing, spielten, und er hörte nicht mehr das leise Schluchzen der Blätter und Blüten, die da wußten, daß die schöne Suse, ihre süße Suse, denselben Weg gegangen war, wie vor Jahren ihre unglückliche Mutter.

Aus Emil Vandervelides neuestem Buche*)

entnehmen wir nachfolgende interessante Schilderung:

Ich habe mich am 23. Juli 1908 auf der „Etoile Belge" eingeschifft, um den Kongo zu bereisen, und kam drei Monate später nach Antwerpen zurück.

Es ist selbstverständlich, daß ich in jener kurzen Spanne Zeit nur einen kleinen Teil unserer neuen Kolonie durcheilen konnte, die achtzigmal so groß wie Belgien ist.

Ich konnte natürlich nicht hoffen, bei diesem flüchtigen Durcheilen des Landes Dinge zu sehen, die noch kein anderer sah, oder Mißstände zu finden, die andere noch nicht aufgedeckt haben. Verschiedene meiner Freunde dachten, daß man es dort schon so klug einrichten würde, um mich nur das sehen zu lassen, was die anderen wollen würden; kurz, daß ich aus Afrika viel mehr falsche Ideen als richtige Beobachtungen mitbringen würde.

Das ließ ein wenig gar zu sehr vergessen, daß sich die weiße Bevölkerung des Kongo nicht nur aus Bewunderern des Werkes Leopolds II. rekrutiert.

Sicherlich bin ich einer der ersten, einzugestehen, daß sich vieles Wichtiges meiner Anschauung entzogen hat.

Wenn ich und mein Reisebegleiter irgendwohin kamen, ließ man die Wege säubern, die Straßen in den Dörfern wurden gekehrt, das Essen wurde besser zubereitet und man schien während unserer Anwesenheit vergessen zu haben, die Neger zu peitschen.

Wir kamen übrigens im richtigen Augenblick, der Kongostaat hatte zu existieren aufgehört, die belgische Regierung hatte noch nicht die Zügel erfaßt, so daß sich jeder in jenem Interregnum offen zu reden getraute.

Ich zog Nutzen für meine Enquete aus jener momentanen Freiheit. Ich konnte, dank meinem ausgezeichneten Dolmetscher Dr. Neri, in direkte Verbindung mit den Einheimischen kommen und ihre Lebensweise in den Hütten und ihre Arbeitsbedingungen im Lande genau beobachten. Ich durchquerte ganz entgegengesetzte Landstriche, wie dies beim Ober- und Niederkongo der Fall ist. Wälder, Flußufer, Gebüsche und wüstes Heideland; begriff auf den ersten Blick die so verwirrenden Meinungsverschiedenheiten, die über den unabhängigen Staat im Umlauf waren.

*) Les derniers jours de l'Etat du Congo. 1909. Paris 28, rue Vauquelin.

Verschieden werden die Eindrücke sein, wenn sich der Reisende begnügt, einen Teil des Landes in der Eisenbahn oder im Dampfschiff zu bereisen, oder aber, wenn er Flüsse und Eisenbahnen hinter sich läßt und wie wir ins Innere des Landes eindringt, sich in die dichten Wälder verliert und jene Landstriche kennen lernt, wo der Überfluß an Gummibäumen zum Fluch für die Einheimischen wird.

Sicher ist, daß sich manche Stämme untereinander immer bekriegten und die Bevölkerung dezimierten und versklavten, so daß durch die neue Herrschaft viele gerettet wurden, das heißt die schwachen Stämme hatten etwas gewonnen, während die starken, siegreichen entschieden früher bessere Lebensbedingungen als heute hatten. Die Hausklaven besorgten mit oder auch ohne die Frauen das Bebauen der Felder, des Weines, die Ernten der Palmen, fällten die Bäume, um Brennholz herbeizuschaffen, beschäftigten sich mit der Urbarmachung des Bodens und suchten das Material zusammen, um die Hütten zu bauen. Die Männer hingegen waren frei und gingen auf die Jagd oder beschäftigten sich mit Fischfang, wenn nicht gerade Krieg war; die übrige Zeit verbrachten sie im Schatten ihrer Dächer, wenn die Sonne brannte, oder am Feuer, wenn es regnete; sie hatten nichts zu tun und schliefen, oder machten Musik, bemalten ihren Körper, um sich zum Tanze schön zu machen, rauchten aus der gemeinsamen großen Pfeife und quatschten dabei überflüssiges Zeug!

Die neue Herrschaft wurde daher scheel angesehen, diese Bleichgesichter mit ihren neuen Verordnungen, die da gekommen waren, sich in ihren Dörfern niederzulassen und ihre Hühner und Schafe einzufordern und für eine lächerliche Bezahlung Lebensmittel oder Gummi zu begehren!

Die ersten weißen Ansiedler wurden auch schrecklich empfangen. Man verbrannte ihre Häuser, man zerstörte die Staatsgebäude, man ermordete die Offiziere und Soldaten und nährte sich eine Zeitlang mit diesem Menschenfleisch! Seit 1906 ist das alles anders. Der unabhängige Staat hat sie durch seine Übermacht und Gewalt bezwungen. Von den ersten Jahren seiner Existenz an hat sich der unabhängige Staat des Kongo als Besitzer aller unbewohnten Länderstriche erklärt. Unter diesen Umständen hat der Eingeborene kein Recht auf die Ernte der Gummibäume. Nur mit Gefahr schwerer Strafen, als Dieb verfolgt zu werden, könnte er es wagen, sich etwas anzueignen, um es zu verkaufen oder gegen andere Ware umzutauschen. Jeder Eingeborene konnte vom Staate gezwungen werden, vierzig Stunden im Monat in den Wäldern umsonst zu arbeiten; aber diese Zeit wurde in skandalöser Weise überschritten.

In vielen Staaten wurde die Sklaverei erst abgeschafft an dem Tage, wo man die ökonomische Gewißheit erlangte, daß jene Arbeit an Wert hinter der freien Arbeit zurückstand. Man hat sie abgeschafft, weil sie keinen Ertrag abwarf. Auch im Kongo wird es nicht anders sein. Die eifrigsten Verfechter der Sklavenarbeit im Kongo gehören bereits heute zu den wärmsten Anhängern der freien Arbeit. Mögen sie die Regierung unserer neuen Kolonie zu dieser Anschauung bekehren. Es geht dabei um die Zukunft des Kongo und die Ehre Belgiens!

* * *

„Man kann das Recht der Kolonisation zugeben oder nicht zugeben," sagte mir dort ein Advokat, „aber in dem Augenblick, wo man sie als berechtigt zugibt, muß man auch alle Konsequenzen zugestehen. Wir sind im Kongo etwas mehr denn zweitausend Weiße inmitten von Millionen Eingeborner, die uns hassen und nur von einem Gedanken beherrscht werden, uns zu vertreiben oder uns alle zu massakrieren. Unter diesen Umständen die Todesstrafe abzuschaffen wäre gleichbedeutend mit unserem Bündelschnüren. Wir sind hier als Eroberer. Wir herrschen nur durch den Schrecken. Ich will zugeben, daß es eine häßliche Geste ist, einen Menschen aufzuknüpfen, aber sie ist eine notwendige Geste. Hier findet man es weniger grausam, fast hätte ich geschrieben menschlicher, einem den Kragen umzudrehen, als ihn ins Gefängnis nach Boma sterben zu schicken. Kürzlich hat ein junger Häuptling Bodja seine Mutter ermordet aufgefunden, als er von der Jagd heimkehrte. Er erfuhr, daß sie von einem Bewohner des benachbarten Dorfes umgebracht worden sei. Sofort nahm er seine Lanze und ohne den betreffenden Schuldigen zu suchen, tötete er, der Sitte des Landes gemäß, den erstbesten Einwohner, den er im Nachbardorf traf, woher der Mörder seiner Mutter stammte. Nachdem er das vollführt hatte, was seine traditionelle Moral im befahl, begab er sich zum Staatswachtposten, um sich als Häftling zu stellen.

Das war ein lieber, sanfter Mensch, aber das Gesetz ist förmlich. Er hatte getötet, mit der Absicht, zu töten. Sein Advokat hatte rekurriert, man hat ihm das geringste Strafmaß zuerkannt, zehn Jahre Kerker; er ist in Boma, dort wird er sterben, ehe zwei Jahre vergehen."

„Aber! Kann man ihn nicht begnadigen!" rief ich entsetzt.

„Das kann nur der König!"

Tatsächlich hängt das vom König ab. Er hat das Recht, zu begnadigen. Er kann verhindern, daß dieser Mann stirbt, der nichts anderes getan hat, als was ihm die Moral und die Gebräuche seiner Vorfahren aufzwangen.

Wohlan! Ich fordere diese Begnadigung, diese Gnade scheint geboten. Es wird nicht nur ein Akt des Mitleids, es wird ein Akt der Gerechtigkeit sein.

* * *

Ein Todesfall an Bord.

Ein Missionär, der sich mit uns in Matadi eingeschifft hatte, wurde gestern bettlägerig. Heute morgen hatte er 43 Grad Fieber und die Ärzte haben ihn aufgegeben. Um 7 Uhr war er tot. Man machte uns die Mitteilung, daß seine Bestattung um 10 Uhr stattfinden würde. Alle Passagiere und die Schiffsmannschaft waren zugegen. Der Leichnam war in ein Laken gewickelt, mit einer englischen Fahne bedeckt, vier Matrosen trugen ihn auf die Schiffsbrücke. Der Kapitän, blaß von Ergriffenheit, hat das Totengebet gesprochen. Während er die letzten Worte des Gebetes sagte, ließen die Matrosen den Leichnam sanft ins Meer gleiten, während die „Albertville" ihren Kurs gen Norden fortsetzte; das Schiff hatte während des Begräbnisses das gewohnte Tempo eingehalten.

Ich habe vielen erschütternden Bestattungen beigewohnt, noch keine hat mir einen so peinlichen Eindruck verursacht und den ganzen Tag verfolgte mich der Gedanke an den Mann, den niemand von uns gekannt, den wir kaum bemerkt hatten und der nun im allgemeinen Grab des Ozeans verschwunden war, ehe noch seinem Leib Zeit gegeben war, zu erkalten.

* * *

In Belgien gibt es Tausende, die sich um Posten vergebens bewerben: Ärzte, Advokaten, Beamte usw. Wenn sie gesund und stark sind, mögen sie nach dem Kongo auswandern. Dort finden sie zahlreichere Gelegenheiten, sich über ihresgleichen emporzuschwingen, und insbesondere ein freieres, interessanteres Leben inmitten der unbegrenzten Möglichkeiten eines neuen Landes, in der majestätischen Stille der Wälder und Fluren.

Für unsere Frauen.

Hausfrauensorgen und Dienstbotenelend.

Schwere Besorgnis, Ärger und Verdruß bereiten gewissen Hausfrauen die jungen Dienstbotenorganisationen. Selbstverständlich haben die Forderungen zur Verbesserung der miserablen Lage der Dienstboten, die von dem „Verbande für Hausanstellte" ausgehen, den Herrschaften Unbehagen verursacht. Nach dem Muster der Arbeitgeber haben sich die Hausfrauen nun gleichfalls in Vereine zusammengeschlossen. Eine Hausfrauenvereinigung in München hat sogar eine Broschüre herausgegeben, in der sich die Verfasserin über das heutige Verhältnis der Hausangestellten zur Herrschaft und deren Forderungen verbreitet. Diese werden natürlich von den Hausfrauen als viel zu weitgehend abgelehnt. Schon die Tatsache, daß durch die Organisations- und Aufklärungsarbeit hinter die Kulissen der Häuslichkeit geleuchtet wurde, macht den Damen Beschwerden.

Ein Gegensatz zwischen einst und jetzt hat sich herausgebildet, weil die Hausangestellten eine schärfere Umgrenzung ihres Pflichtenkreises anstreben. Sie verlangen geregelte Arbeitsbedingungen gleich den Industriearbeiterinnen. Ist das nicht ganz berechtigt? Demgegenüber weisen die Hausfrauen auf die Vorteile hin, deren sich — nach ihrer Meinung — die Mädchen in einem patriarchalischen Dienstverhältnis erfreuen. Als Vorzüge werden genannt: Sicherheit und Sorglosigkeit, regelmäßige Erwerbsverhältnisse, die es der Dienenden sogar erlauben, einen Sparpfennig zurückzulegen. Die Zeiten des Sparens sind für die Dienstboten aber längst vorüber. Nicht etwa, wie die Damen behaupten, weil die Mädchen heute zu putzsüchtig und verschwenderisch sind, sondern weil das Geld weit weniger Kaufkraft besitzt als ehedem und ganz naturgemäß die Ansprüche gewachsen sind.

Die fortschrittende Entwickelung des gesamten Wirtschaftslebens erkennt auch die Verfasserin an: z. B. auch, daß der Pflichtkreis der Hausangestellten größer geworden ist. Vor allem wird heute mehr Selbständigkeit, mehr Verantwortlichkeit verlangt, auch eine bessere Vorbildung soll vorhanden sein.

Die Hauptforderung der organisierten Hausangestellten ist die Beseitigung der Gesindeordnungen und somit aller Widerwärtigkeiten, die damit zusammenhängen. Die Herrschaften wollen jedoch das sichere Bollwerk gegen die minimalsten Rechte der Angestellten nicht abgeschafft wissen. Paula Schoch, die Verfasserin der genannten Broschüre, muß selbst eingestehen, daß manche Bestimmungen der Gesindeordnung sich überlebt haben. Aber die Gesindedienstbücher, die von den Mädchen als besonders drückend empfunden werden, sollen bestehen bleiben. Viel Elend ist gerade durch diese Bücher schon angerichtet worden! In dem Ausstellen von Zeugnissen liegt eine gewaltige Macht der Herrschaft. Sie kann einem Dienstmädchen das Vorwärtskommen für alle Zukunft unmöglich machen. Die Industriearbeiterin hat mehr persönliche Freiheit und ist der Stellenwechsel in ihrem Fortkommen weniger gehemmt als ein Dienstmädchen. Die Gesindedienstbücher sind schlimmer als schwarze Listen. Für die Herrschaften stellen diese fortlaufenden, amtlich beglaubigten Zeugnisse „einen Schatz" dar, wie sich Frau Schoch ausdrückt. Dieser Schatz ist für das Mädchen oft genug ein — gefälschter Steckbrief. Oft schon ist von Herrschaften aus Böswilligkeit ein falsches Zeugnis ausgestellt worden. Nur in den seltensten Fällen kann ein Dienstmädchen es durchsetzen, daß ein solches Zeugnis geändert wird. Der Herrschaft wird eben geglaubt und dem Mädchen nicht, und niemals wird einem Zeugnis von vornherein die Beglaubigung der Polizei versagt.

Das Zeugnis im Dienstbuch soll dazu dienen, den Herrschaften über die Qualifikation der Dienstboten Auskunft zu geben. Von den Mädchen also verlangt man, daß sie ohne weiteres in jedes, ihnen gänzlich unbekannte Hauswesen einziehen. Die Verfasserin der genannten Broschüre meint allerdings, die Persönlichkeit der Dienstgeberin sei in jedem Orte bekannt, es also den Mädchen sehr leicht sei, sich zu erkundigen, bevor sie eine Stellung annehmen. Diese Behauptung stimmt natürlich nicht. Viele Mädchen werden von Mietskontoren oder anderen Vermittlern aus fernen Orten in eine ihnen wildfremde Gegend verpflanzt, und so ist für sie gar keine Möglichkeit vorhanden, Erkundigungen einzuziehen. In großen Städten kennt auch einer den anderen zu wenig, um Auskünfte geben oder erhalten zu können.

Die Hausfrauen sind noch immer die Stärkeren, und sie werden es auch bleiben. Etwas besser wird es für die Mädchen, wenn die Gesindeordnungen fallen und die Dienstboten freiheitlicheren Gesetzen unterstellt werden.

Frauenfragen.

Durch die gewaltige Zunahme der Frauen im Berufsleben sind große volkswirtschaftliche Fragen zur Diskussion gestellt worden. Diese Fragen berühren nicht nur die Frau allein, sie sind für den Mann, der nach höherer Kultur und Bildung strebt, ebenfalls von gewaltiger Bedeutung. Daß das Bedürfnis nach Aufklärung volkswirtschaftlicher Fragen, besonders der sozialpolitischen, sich gesteigert hat, und vor allem den verschiedenen Frauenfragen reges Interesse entgegengebracht wird, konstatierte kürzlich anläßlich einer Umfrage ein Dozent der „Freien Hochschule". In einer Zuschrift an die „Volkswirtschaftlichen Blätter" heißt es: „Noch vor nicht langer Zeit hätte sich sicher die Hälfte des Publikums für schöngeistige Literatur entschieden. Ganz anders hat sich das zwingende Bedürfnis heute gestaltet." Von den Themen, die seitens der Hörer gewählt wurden, resp. der Wunsch nach Berücksichtigung ausgesprochen wurde, stehen in erster Reihe: Mutterschutz, Religion und Schule, dann folgen: Frauenstimmrecht, Koedukation, Schule und Haus, Bodenreform, Lärmschutz, Bewertung weiblicher Arbeitskraft. Nur einmal gewählt wurden dagegen folgende Themen: Literatur (Nora-Frage), Sexuelle Aufklärung, Humanistische Bildung, Fachbildung und Halbbildung, Feuerbestattung, Heimatkunst, Zeitstil und Mode, Wert des Zeitungslesens, Der Wert des Historischen, Wohltat und Recht, Menschenreform oder Milieureform, Zionismus.

Die Entwickelung löst Fragen aus, welche Reformen für die Frau als Weib (Mutterschutz), als Bürgerin (Frauenstimmrecht), und in der Erziehung (Koedukation) zu bringen versprechen. Nicht unerheblich haben die politischen Kämpfe zum Nachdenken aufgerüttelt und in größeren indifferenten Schichten lebhafteres Interesse an solchen Fragen erweckt.